

Von allem genug, von nichts zu viel

Schritte zu einem ökologisch und sozial
gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch

Hintergrundpapier



Von allem genug, von nichts zu viel

Schritte zu einem ökologisch und sozial
gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch

Inhalt

1. Hintergründe / Einleitung.....	3
2. Wir verbrauchen in Österreich zu viele Ressourcen und Energie.....	5
3. Welche Ressourcen brauchen wir für ein gutes Leben – und ist das für alle leistbar?	11 11
4. Konsum- und Produktionskorridore als Lösungsansatz.....	15
5. Gesellschaftliche Bereiche: Herausforderungen & Lösungsansätze.....	19
5a) Bauen & Wohnen.....	19
5b) Mobilität und Verkehr.....	23
5c) Ernährung und Landwirtschaft.....	26
5d) Freizeit und gesellschaftliche Teilhabe.....	31
6. Zusammenfassung: Zentrale Herausforderungen.....	34
7. Handlungsempfehlungen an Entscheidungsträger:innen.....	36
8. Ausblick und weitere Informationen.....	41
9. Impressum.....	42

1. Hintergründe / Einleitung

Können wir erfüllt leben und dabei gleichzeitig unseren Planeten schützen? Wie können wir unseren Energie- und Ressourcenverbrauch so reduzieren und (um-)verteilen, dass alle die Chance auf ein gutes Leben haben? Welche Rahmenbedingungen sind dazu nötig und wen braucht es, um diese umzusetzen?

Diese und weitere Fragen untersuchen *ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung* und *Die Armutskonferenz* seit 2023 im gemeinsamen Projekt „Von allem genug, von nichts zu viel“. Das folgende Hintergrundpapier gibt einerseits einen Überblick über wichtige Themengebiete und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Verbrauch von Energie und Ressourcen in Österreich. Es stellt Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen aus wissenschaftlicher sowie zivilgesellschaftlicher Sicht vor, die zur Debatte anregen und positive Veränderungen anstoßen sollen. Ein zentraler Grundsatz ist dabei, ökologische und soziale Herausforderungen gemeinsam zu denken und anzugehen.

Hintergrund: Ressourcenverbrauch, die Umwelt und das „gute Leben“

Damit Menschen ein gutes Leben führen können, muss eine Mindest-Menge an Energie und Ressourcen verbraucht werden. Denn diese brauchen wir z. B. in Form von elektrischem Strom, Holz, Metallen, Wasser, Boden usw., wenn wir angemessenen Wohnraum, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr oder die Produktion von Lebensmitteln ermöglichen wollen. Ressourcen und Energie sind allerdings auf der Erde nur begrenzt verfügbar. Durchschnittlich verbrauchen wir in Österreich aktuell weit mehr, als wir sollten. Ein hoher Verbrauch führt zu negativen Folgen für unsere Umwelt und unser Klima, die sich auch wieder negativ auf unser Wohlergehen bzw. unsere Gesundheit auswirken (mehr dazu in [Kapitel 2](#)). Der übermäßige Ressourcenverbrauch trägt auch zu gravierenden sozialen und ökologischen Problemen in den Abbau- und Produktionsländern bei (z. B. Menschenrechtsverletzungen, Gifteinträge in das Grundwasser o. ä.). Deshalb stellt sich die Frage, wie viele Ressourcen wir maximal verbrauchen können, wenn wir negative Auswirkungen vermeiden möchten. Dabei spielt auch die Verteilung des Verbrauchs innerhalb der Gesellschaft und über Ländergrenzen hinweg eine große Rolle.

Es braucht daher einerseits Lösungen, die unseren Ressourcenverbrauch nicht nur effizienter und ökologischer, sondern insgesamt geringer werden lassen. Andererseits braucht es Lösungen, die soziale Ungleichheiten verringern, indem sie für eine bessere Verteilung der Ressourcen und Energie sorgen oder Bedürfnisse auch ohne großen Ressourcenaufwand für viele Menschen (z. B. durch öffentliche Leistungen) bedienen können (mehr dazu in [Kapitel 3](#) und [Kapitel 4](#)). Aktuell verbrauchen bestimmte Teile der österreichischen Bevölkerung (und Wirtschaft) überproportional viele Ressourcen. Sie tragen damit stark zu ökologischen Problemen bei, gleichzeitig sind sie weniger oft von Folgen der Energie- und Klimakrise, wie z.B. Extremwetterschäden oder unleistbaren Energiepreisen, betroffen.

Demgegenüber stehen Menschen, die zu wenig haben, um ein gutes Leben zu verwirklichen. Auch einen gesunden, ökologisch nachhaltigen Lebensstil können sich viele Armutsbetroffene nicht leisten. Doch während Armutsbetroffene aufgrund ihres geringen Ressourcenverbrauchs tendenziell weniger zur Klimakrise und Umweltverschmutzung beitragen, ist es gerade diese Personengruppe, die meist stärker von deren Auswirkungen betroffen ist: z. B. weil der Wechsel

von einer zu heißen Wohnung an einer vielbefahrenen Straße in eine klimatisierte, ruhige Wohnung für viele schlicht nicht leistbar ist. Armut bedeutet einen Mangel an Möglichkeiten - auch in Hinblick auf Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Die Hebel für Verbesserungen ihrer eigenen Situation liegen meist bei anderen.

Konsumkorridore, Doughnut-Ökonomie: langfristige Lösungen erreichen

Um langfristig ökologisch und sozial gerechte Lösungen umzusetzen, können wir uns also nur innerhalb einer bestimmten Obergrenze des Ressourcenverbrauchs bewegen, die uns der Planet mit seinen begrenzten Ressourcen vorgibt. Wir müssen aber gleichzeitig über einer bestimmten Untergrenze bleiben und den Verbrauch gerecht verteilen, damit alle Menschen die Chance auf ein gutes Leben haben. Wo diese Untergrenzen liegen können, muss allerdings innerhalb der Gesellschaft ausgehandelt werden, da individuelle Bedürfnisse sehr stark variieren und es unterschiedlicher Ressourcen(-mengen) bedarf, um diese zu erfüllen. Langfristig müssen wir uns mit unserem Verbrauch zwischen der Unter- und Obergrenze bewegen, da nur dieser einen sicheren Handlungsspielraum bietet, während das Über- oder Unterschreiten der Grenzen immer soziale und/oder ökologische Konsequenzen zur Folge hat.

Diese Ideen finden sich in Konzepten wie den „Konsumkorridoren“ (nach Fuchs et al.¹) wieder, das den oben beschriebenen Handlungsspielraum als „Korridor“ bezeichnet. Oder auch in der „Doughnut-Ökonomie“ (nach Raworth²), in der ein gutes Leben zwischen der Ober- und Untergrenze so bildlich dargestellt wird, dass wir „innerhalb des Doughnuts“ leben können, wo es allen gut geht. Das Hintergrundpapier betrachtet jedoch nicht nur Grenzen unseres Verbrauchs bzw. Konsums und wo diese unter- bzw. überschritten werden. Die Autor:innen der Texte sehen auch genauer hin, wo die Verteilung konkret nicht gut funktioniert und was dagegen getan werden könnte. Mit Wissenschaftler:innen, Vertreter:innen aus Umweltorganisationen und sozialen Organisationen, Armutsbetroffenen, Jugendlichen, aber auch mit Teilnehmenden aus der interessierten Öffentlichkeit haben ÖKOBÜRO und die Armutskonferenz nach Lösungen gesucht, die weniger Ressourcen und Energie brauchen, aber trotzdem (oder gerade deshalb) für noch mehr Menschen ein gutes Leben ermöglichen. All das soll auf den folgenden Seiten präsentiert werden – das Redaktionsteam wünscht eine anregende Lektüre!

¹Fuchs, D. et al. (2021). Consumption Corridors: Living a Good Life Within Sustainable Limits. New York: Routledge.

²Raworth, K. (2017). Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist.

2. Wir verbrauchen in Österreich zu viele Ressourcen und Energie

Autoren: Willi Haas & Christian Dorninger, *Universität für Bodenkultur Wien*

Österreich überschreitet massiv seine ökologischen Grenzen

Will die Weltgesellschaft das Funktionieren der Ökosysteme nicht unumkehrbar stören und aus dem Gleichgewicht bringen, dann muss sie sich auf ein Handeln innerhalb der planetaren Grenzen einstellen. So ein Handeln würde beispielsweise beim Klima bedeuten, dass wir in den nächsten Jahrzehnten wieder mit klimatischen Bedingungen und Wetterereignissen rechnen können, wie wir sie noch bis vor wenigen Jahren kannten. Intakte Ökosysteme gewährleisten auch andere wichtige Services der Natur für die Menschheit, wie sauberes Trinkwasser, ein gesundes Mikroklima oder die Bestäubung von Pflanzen wie Feldfrüchten.

Weltweit hat die Menschheit allerdings bereits in sechs der neun Bereiche die planetaren Grenzen für einen sicheren Handlungsspielraum überschritten.¹ Damit steigt das Risiko von drastischen und unumkehrbaren Veränderungen von Ökosystemen und schließlich von Folgen für die Menschheit, die das Überleben gefährden. Eine der Grenzen, die bereits überschritten wurde, liegt im Bereich des Klimas. Für die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gilt als Grenzwert für einen sicheren Handlungsspielraum 350 ppm² CO₂. Aktuell liegt die CO₂-Konzentration bei 417 ppm.

Auch die Grenze im Bereich der Biodiversität ist durch die intensiven landwirtschaftlichen Aktivitäten, die Entwaldung und die Versiegelung von Flächen global überschritten. Ist eine Grenze einmal überschritten, so kann beobachtet werden, dass der negative Trend unvermindert weitergeht.

Das Überschreiten ökologischer Grenzen bedeutet unumkehrbare Veränderungen mit Risiken für uns alle

Unumkehrbare Veränderungen in Ökosystemen – eben das Überschreiten von planetaren Grenzen – können einerseits zu extrem gesundheitsgefährdenden Wetterereignissen wie Hitze und Überflutungen führen und damit auch die Versorgungssicherheit von Lebensmitteln gefährden. Andererseits können sich durch den Klimawandel ganze Klimazonen verschieben, sodass z. B. krankheitsübertragende Tiere wie Insekten oder Nager großräumig wandern und damit Krankheiten in Gegenden auftauchen, wo sie bislang unbekannt waren³. Zudem erhöht die globale Ausbreitung von Landwirtschaft und Siedlungsräumen das Risiko, dass Krankheitserreger von Wildtieren auf Nutztiere und Menschen überspringen und neue Krankheiten und Epidemien bis hin zu Pandemien auslösen⁴. Die Influenza (Virusgrippe) ist ein Beispiel für so ein Überspringen in der Vergangenheit.

Die globalen biophysischen Zusammenhänge im Erdsystem sind sehr komplex. Wird das Erdsystem instabil, können zwar bestimmte nachteilige Folgen abgeschätzt werden, zusätzlich können aber auch unerwartete Wechselwirkungen für unangenehme und nicht direkt vorhersagbare

¹Richardson, K. et al. (2023). Earth beyond six of nine planetary boundaries. *Science Advances*, 9(37), eadh2458.

<https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458>

²ppm steht dabei für parts per million, also Teile pro Million (Atmosphärenmasse angegeben als Stoffmenge).

³Haas, W. et al. (2018). *Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel*. Akademie der Wissenschaften.

⁴Rohr, J. R. et al. (2019). Emerging human infectious diseases and the links to global food production. *Nature Sustainability*, 2(6), 445–456. <https://doi.org/10.1038/s41893-019-0293-3>

Überraschungen sorgen. Wenn Ökosysteme ihre Regenerationsfähigkeit verlieren, oder die großen Kreisläufe des Erdsystems, wie beispielsweise der Wasser-, Kohlenstoff-, Stickstoff- oder Phosphorkreislauf, gestört werden, funktionieren auch Services nicht mehr zuverlässig, die wir als selbstverständlich annehmen. Das betrifft z. B. die Trinkwasserversorgung, das Pflanzenwachstum für Lebensmittel u.v.m.

Österreich: nur eine Grenze noch nicht überschritten

Eine Forscher:innengruppe aus Großbritannien hat die Überschreitung der planetaren Grenzen auch für einzelne Länder zusammengestellt⁵. Dabei ist auch Österreich ausgewiesen. Nach dieser etwas anderen Betrachtung hat Österreich bereits in sechs von sieben Bereichen die ökologischen Grenzen überschritten.

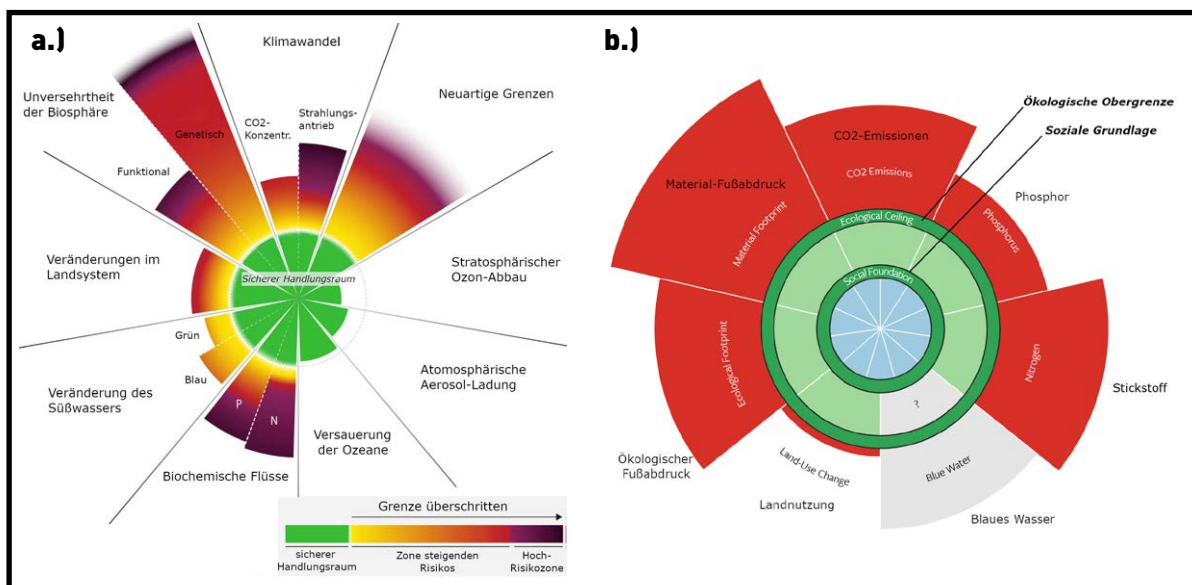


Abb. 1: a) Global wurden sechs der neun planetaren Grenzen überschritten.⁶ b) In Österreich wurden sechs von sieben hier bewerteten Grenzen überschritten.⁷

Besonders kritisch wird für Österreich der Material-Fußabdruck eingeschätzt. Dieser drückt aus, wieviel Material durch den österreichischen Konsum in Österreich und weltweit verbraucht wird. Der Fußabdruck inkludiert nämlich alle Materialien, die für die Produktion von Konsumprodukten erforderlich waren. So besteht beispielsweise der Material-Fußabdruck eines gekauften Fahrzeuges aus dem Gewicht des Fahrzeuges selbst, plus den für die Erzeugung des Fahrzeuges aufgewendeten Materialien entlang der Wertschöpfungskette. Die Berechnung ist unabhängig davon, wo die Materialien für die Herstellung des Fahrzeugs verwendet wurden. Der Fußabdruck inkludiert also beispielsweise auch die Energieträger wie Treibstoff und die anteilige Infrastruktur für den Transport und die Herstellung entlang der Lieferkette von Rohstoffen, Teilen und Endprodukten vom Bergbau bis zu den Käufer:innen. Dazu kommen die Abfälle, die im Laufe der Fertigung vom abgebauten Rohstoff bis zum Fertigprodukt angefallen sind. Weitere Daten zum Materialfußabdruck siehe [Seite 8](#).

⁵Fanning, A. L., et al. (2022). The social shortfall and ecological overshoot of nations. Nature Sustainability, 5(1), 26–36. <https://doi.org/10.1038/s41893-021-00799-z>

⁶Grafik übersetzt von: Richardson, K. et al. (2023).

⁷Grafik übersetzt von: Fanning A. L. et al. (2022).

Der ökologische Fußabdruck drückt dagegen aus, wie weit der Ressourcenverbrauch die Regenerationsfähigkeit des Anteils eines bestimmten Landes an der globalen Fläche übersteigt. Wenn der gesamte Konsum in Österreich mehr biologisch produktive Fläche braucht, als den in Österreich lebenden Menschen zusteht, dann steigt er über 1 an. Dabei wird z. B. die Fläche miteinberechnet, die für das Binden von CO₂-Emissionen durch Wald notwendig wäre. Die zu hohen CO₂-Emissionen in Österreich sind vor allem dem hohen Verbrauch an fossilen Energieträgern wie Benzin, Diesel oder Heizöl geschuldet. Die Überschreitung von Phosphor und Stickstoff erfolgt vor allem durch die intensive konventionelle Landwirtschaft, da Phosphor und Stickstoff in großer Menge als Dünger verwendet werden. Österreich überschreitet den ihm zustehenden ökologische Fußabdruck um das 3-4-Fache.⁸

Ohne drastische Änderung werden die ökologischen Grenzen immer weiter überschritten

Das Überschreiten planetarer Grenzen wird v.a. von der Ressourcenentnahme und der Landnutzung angetrieben. Die Ressourcen werden über sogenannte Bereitstellungssysteme dafür verwendet, um bestimmte Services für die Gesellschaft zu erbringen.

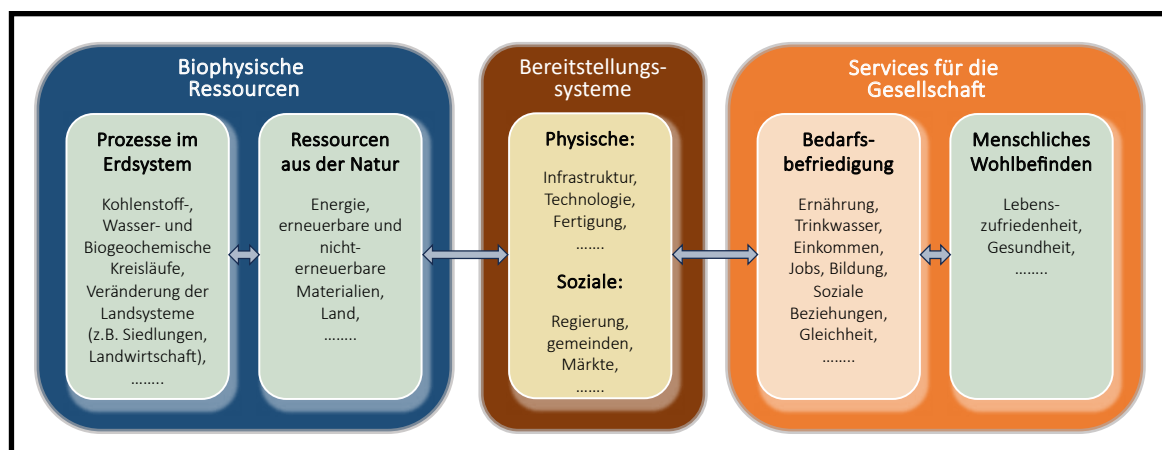


Abb. 2: Ressourcenentnahme aus der Natur und Landnutzung sind erforderlich für die Bedarfsbefriedigung und das menschliche Wohlbefinden. Gleichzeitig sind diese der Antrieb für das Überschreiten planetarer Grenzen.⁹

Wollen wir nun wissen, ob unsere Gesellschaft wieder in den sicheren Bereich innerhalb der planetaren Grenzen zurückkehrt oder diese immer weiter in noch riskantere Zonen vorantreibt, dann ist ein Blick auf den künftigen Ressourcenverbrauch und auf Landnutzungsänderungen lohnend.

In einem Forschungsprojekt, das sich mit dem Erreichen der Klima- und Kreislaufwirtschaftsziele in Österreich beschäftigte, wurde die Entwicklung des Ressourcenverbrauchs bis 2040 modelliert. Dabei wurde auf die Gebäude, den Verkehr und den Stromsektor fokussiert. Hier wird sehr deutlich, dass ein Weiter-Wie-Bisher nach den Krisen, also ein Einschwenken auf den gewohnten Pfad gesellschaftlicher Entwicklung unter Verwendung fossiler Energieträger, das Überschreiten der planetaren Grenzen weiter vorantreibt.

Wenn der volle Fokus auf die Dekarbonisierung, also den Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energieträger gelegt wird, verbessert das zwar die Situation im Bereich der Treibhausgas-

⁸ BMK (2023). https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/nachhaltigkeit/bildung/fussabdruck_rechner.html

⁹ Grafik adaptiert und übersetzt von: O'Neill, D. W., Fanning, A. L., Lamb, W. F., & Steinberger, J. K. (2018). A good life for all within planetary boundaries. *Nature Sustainability*, 1(2), 88–95. <https://doi.org/10.1038/s41893-018-0021-4>

Emissionen, aber in allen anderen Bereichen der planetaren Grenzen geht die Grenzüberschreitung in gewohntem Tempo weiter. Auch eine wenig ambitionierte Kreislaufwirtschaft, also eine geringe Reduktion des Ressourcenverbrauchs, ändert nicht viel. So hat ein etwas stärkerer Umstieg vom Auto zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Rad- und Fußverkehr und etwas weniger Wohnraum pro Kopf im Neubau noch keine großen Effekte. Wirklich viel ändert sich im Ressourcenverbrauch erst, wenn eine ambitionierte Kreislaufwirtschaft, bei der wir den Neubau drastisch einschränken, eingeschlagen wird. Auch weil jedes neue Haus und jede neue Straße einen Rattenschwanz an weiterem Konsum nach sich zieht: Von Kanälen, Leitungen, Fahrzeugen, Stellplätzen, Möbel, Fernseher, Korkenzieher und, und, und. So wie Straßen Verkehr anziehen, ziehen neue Häuser viele Dinge rundherum an.

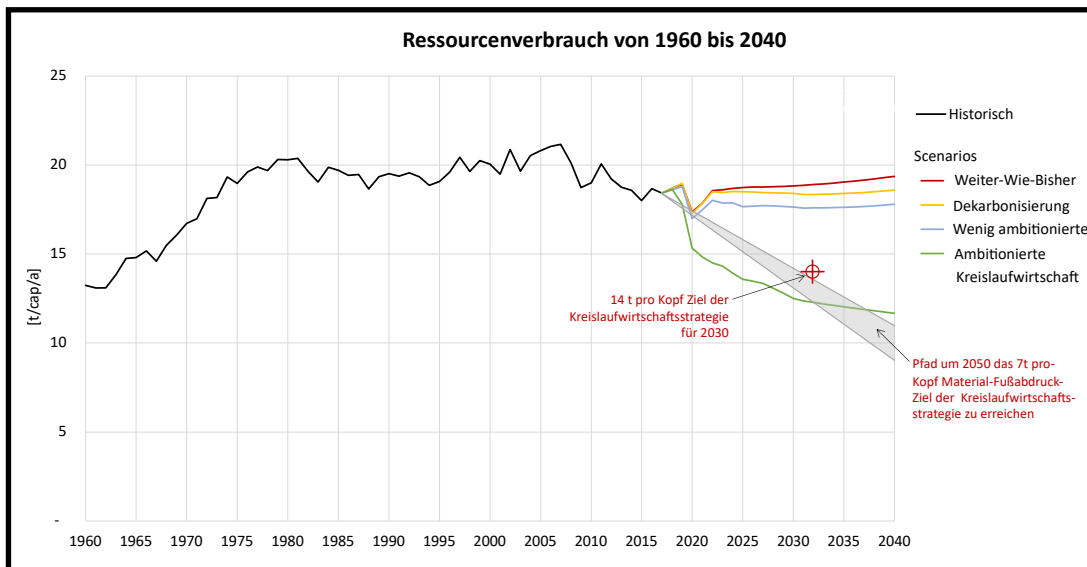


Abb. 3: Ressourcenverbrauch von 1960 bis 2018 wie beobachtet und mögliche weitere Entwicklung für „Weiter-Wie-Bisher“ (rote Linie), „Dekarbonisierung“ (orange), wenig ambitionierte (blaue) und ambitionierte Kreislaufwirtschaft (grüne Linie).

Wenn wir den ambitionierten Weg einschlagen, der uns als einziger die Ziele erreichen lässt, könnten wir nicht weitermachen wie bisher: Wir dürften keine neuen Gebäude und keine neuen Straßen auf un bebautem Land („auf der grünen Wiese“) bauen. Unser Verkehr und Gütertransport müsste sich massiv auf die Schiene verlagern, aktive Mobilität wie zu Fuß gehen und Rad fahren müsste einen weit höheren Anteil einnehmen (das wäre auch viel gesünder als derzeitige Mobilitätsmuster). Damit geht der Anteil an Kilometern im Auto deutlich zurück und reduziert schließlich den Autobesitz drastisch, vor allem dadurch, dass wir Autos miteinander teilen (car sharing). Der Umbau von alten Gebäuden müsste bis auf Ausnahmefälle dem Abriss und Neubau vorgezogen werden. Keine neuen Gebäude auf der grünen Wiese heißt schließlich bei dem prognostizierten Bevölkerungswachstum um 7 % weniger Fläche pro Kopf für Büros und Wohnungen zusammen (derzeit sind das 72 m² pro Person, weiter wie bisher bedeutet für 2040 78 m² pro Person). Anstatt die behauptete Knappheit durch Neubau zu lösen, müsste also eine effizientere und optimierte Nutzung des vorhandenen Wohn- und Büroraums gewählt werden. Das würde auch ein Reduzieren der Leerstände bedeuten.

Solch ein Pfad stabilisiert den Flächenverbrauch und reduziert die Entnahme von Ressourcen in Richtung der Kreislaufwirtschaftsziele und ermöglicht dadurch einen Schritt der Rückkehr in den sicheren Handlungsspielraum für die Gesellschaft. Dies wäre der Fall, wenn auch bei der Ernährung vor allem der Fleischkonsum auf das Maß einer gesunden Ernährung reduziert wird (siehe auch Kapitel 6c zu Landwirtschaft und Ernährung). Gleichzeitig müsste die Produktion an den durch

diese Maßnahmen gesenkten Ressourcenverbrauch angepasst werden, anstatt weiterhin neue, material- und energieintensive Produkte zu forcieren.

Abbau der Ungleichheit entlastet den Ressourcenverbrauch und reduziert Risiken für vulnerable Bevölkerungsgruppen

Derzeit ist global, wie innerhalb Österreichs, der Ressourcenverbrauch sehr ungleich verteilt. Zu wenig bedeutet auch wenig Chancen auf menschliches Wohlbefinden. Zu viel bedeutet, dass alle Bedürfnisse und mehr befriedigt sind, aber dafür der Beitrag zur Überschreitung der planetaren Grenzen und zu den erhöhten Risiken groß ist, auch wenn von den Risiken vor allem die betroffenen sind, die bereits jetzt geringe Chancen auf Wohlbefinden haben (siehe Abb. 2).

Global zeigen sich viele Unterschiede im Ressourcenverbrauch: So streut der Material-Fußabdruck im Jahr 2019 von etwa 39 t/Kopf in Norwegen bis zu 1 t/Kopf in Zimbabwe. Der Weltdurchschnitt liegt bei 12 t/Kopf. Österreich liegt jedenfalls weit über dem Durchschnitt bei 25 t/Kopf. Die vielen und fortschreitenden Bauaktivitäten sind hier ein wichtiger und gewichtiger Faktor. Die Kreislaufwirtschaftsstrategie Österreichs sieht jedenfalls eine Reduktion auf 7 t Material-Fußabdruck/Kopf bis 2050 vor. Das ist ein Ziel, das Österreich von einem großen Fußabdruck, der zu Lasten anderer geht, in eine faire, nachhaltigere Größenordnung bringen würde.

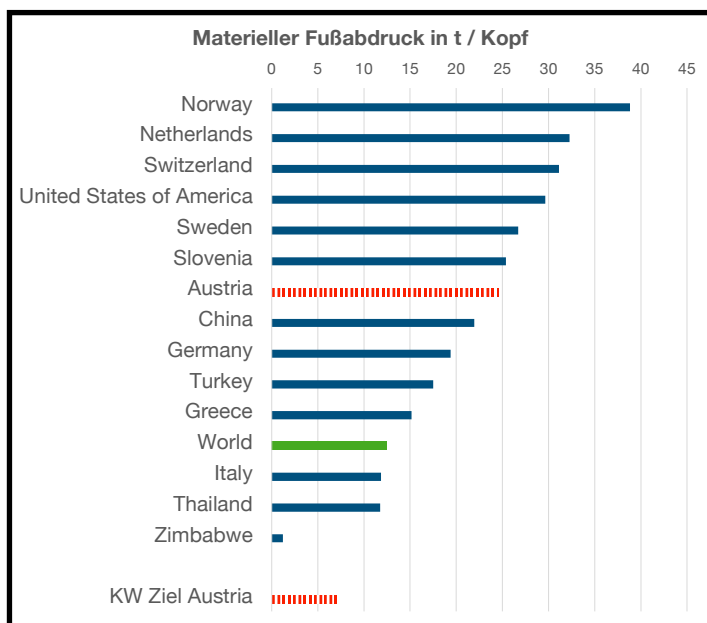


Abb. 4: Materieller Fußabdruck verschiedener Länder¹⁰ und Ziel der Österr. Kreislaufwirtschaftsstrategie (KW Ziel Austria). Der Fußabdruck beinhaltet den Konsum und alle materiellen Vorleistungen, auch wenn sie im Ausland anfallen. Eine Person in Norwegen hat demnach einen materiellen Fußabdruck der 32-mal größer ist als der einer Person in Zimbabwe.

Aber nicht nur international gibt es große Ungleichheiten, auch innerhalb Österreichs. Da derzeit keine Daten zum materiellen Fußabdruck nach Einkommen vorliegen, soll hier der Kohlenstoff-Fußabdruck, also der CO₂e-Fußabdruck, diskutiert werden. CO₂e steht für das englische „CO₂ equivalent“, dabei werden all Treibhausgasemissionen bezogen auf ihre Klimawirkung in CO₂-Äquivalente

umgerechnet. Aber auch hier beziehen sich die letzten verfügbaren Daten auf 2010. Wir müssen davon ausgehen, dass die Schere weiter aufgegangen ist und sich die Unterschiede vergrößert haben. Nach diesen letzten Daten verursachen die oberen 10 % nach dem Pro-Kopf-Einkommen im Schnitt 17,8 t CO₂e/Kopf, die unteren 10 % nur 5,7 t CO₂e/Kopf. Dabei ist auch sichtbar, dass alleine der Mobilitätsfußabdruck der oberen 10 % nach Pro-Kopf-Einkommen über dem gesamten Fußabdruck der unteren 10 % liegt¹¹ (siehe Abb. 5).

¹⁰ Eigene Abbildung, Quelle Länderdaten: UN IRP. (2023). Global Material Flows Database [dataset]. <https://www.resourcepanel.org/global-material-flows-database>.

¹¹ Theine, H., Humer, S., Moser, M., Schnetzer, M. (2022). Emissions inequality: Disparities in income, expenditure, and the carbon footprint in Austria. Ecological Economics, 197, 107435. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107435>

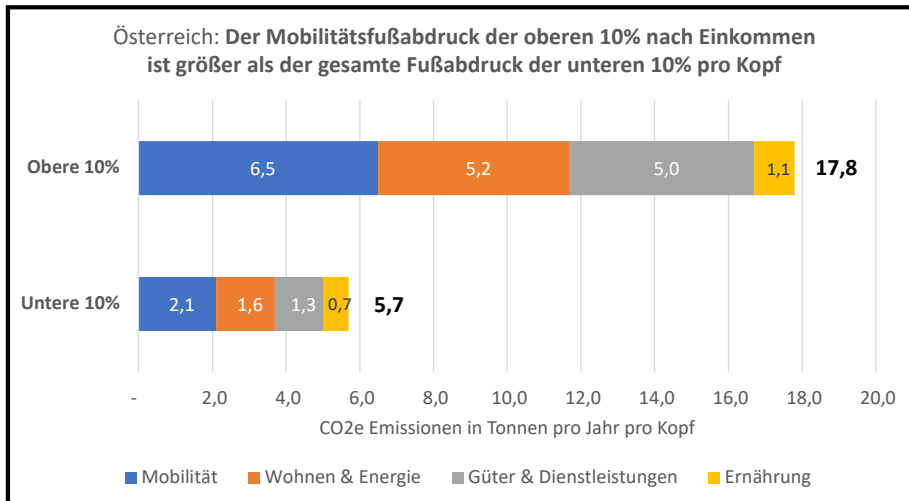


Abb. 5: CO2e-Fußabdruck der oberen und der unteren 10 % nach Pro-Kopf-Einkommen in Österreich im Jahr 2010.

Wollen wir innerhalb der planetaren Grenzen bleiben, müssen wir im Schnitt deutlich weniger und fairer verteilt verbrauchen. Eines ist klar, ein Weiter-Wie-Bisher riskiert unumkehrbare Veränderung im Erdsystem mit bereits jetzt absehbaren äußerst nachteiligen Folgen für die Menschheit. Österreich ist keine Insel, dramatische Auswirkungen anderswo werden früher oder später auch in Österreich spürbar. Sei es über Versorgungsprobleme, Klimaflüchtende, Preise, Inflation, Exportschwierigkeiten, Finanzkrisen, Pandemien usw. – die Palette der möglichen Folgen ist riesig und viele sind noch nicht vorhersehbar.

Daher ist ein drastisches Herunterfahren des Ressourcenverbrauchs in Österreich sowohl eine Frage der globalen Verantwortung als auch des Schutzes der in Österreich lebenden Menschen. Ein materieller Fußabdruck von rund 7 t/Kopf, wie er auch in der Kreislaufwirtschaftsstrategie festgeschrieben ist, ist die Größenordnung, die erreicht werden sollte.

Diesen Material-Fußabdruck kann Österreich aber nur durch einen Baustopp auf unbebautem Land erreichen. Das würde auch den Bodenverbrauch bzw. die Versiegelung, die derzeit sehr hoch ist, beenden. Kombiniert mit isolierten Häusern, einer entschiedenen Mobilitätswende und einer gesunden Ernährung ist eine Reduktion auf 7 t/Kopf möglich. Aber auch die Wirtschaft bzw. Produktionsseite muss, wie oben genannt, mitspielen.

Diesen Material-Fußabdruck kann Österreich aber nur durch einen Baustopp auf unbebautem Land erreichen. Das würde auch den Bodenverbrauch bzw. die Versiegelung, die derzeit sehr hoch ist, beenden. Kombiniert mit isolierten Häusern, einer entschiedenen Mobilitätswende und einer gesunden Ernährung ist eine Reduktion auf 7 t/Kopf möglich. Aber auch die Wirtschaft bzw. Produktionsseite muss, wie oben genannt, mitspielen.

Aber auch mit 7 t/Person bleiben wir nur dann innerhalb der planetaren Grenzen, wenn

- die 7 Tonnen frei von fossilen Energieträgern sind;
- genutzte Biomasse aus nachhaltiger Landwirtschaft kommt (und damit ohne zusätzlichen Phosphor, Pestizide und mit weniger Stickstoffdünger auskommt, Kohlenstoff verstärkt speichern kann und Biodiversität schützt);
- seltene Erden und kritische Rohstoffe, aber auch nicht abbaubare und toxische Substanzen sowie die starke Nutzung von Plastik vermieden werden.

3. Welche Ressourcen brauchen wir für ein gutes Leben – und ist das für alle leistbar?

Autor:innen: Michaela Moser, *Fachhochschule St. Pölten* & Alban Knecht, *Universität Klagenfurt*

Vermögen und Einkommen sind sehr ungleich verteilt

Österreich ist ein reiches Land. Sowohl Vermögen als auch Einkommen sind jedoch sehr ungleich verteilt. Während dem reichsten 1 % rund 40 % des gesamten Nettovermögens (= Vermögen minus Verschuldung) gehören, besitzt die ärmere Hälfte gerade einmal 2,8 % des Nettovermögens.¹² Forschende weisen darauf hin, dass es bezüglich der Vermögen in Österreich keine breite Mittelschicht wie bei der Einkommensverteilung gibt.¹³ Typische Vermögensgegenstände derjenigen, die zur unteren Hälfte der Vermögenden gehören, sind ein Kraftfahrzeug oder ein Sparbuch. In der oberen Mitte ist dann das Eigenheim typischerweise der größte Vermögensposten. Erst bei den reichsten 20 % sind des Öfteren auch Wertpapiere Teil des Vermögens. Und nur bei den reichsten 5 % kommen zusätzlich Immobilien wie Zinshäuser sowie Unternehmensbeteiligungen dazu. Österreich ist damit im europäischen Vergleich eines der Länder, bei denen die Vermögensverteilung besonders ungleich ist.¹⁴

Auch bei den Einkommen gibt es eine starke Konzentration bei wenigen Personen. Ein Viertel der Angestellten verdiente 2021 weniger als EUR 14.971.¹⁵ Die Hälfte der Erwerbstätigen (Median¹⁶) verdienen bis zu EUR 31.407. Das oberste Viertel der unselbständig Erwerbstätigen verdient mehr als EUR 47.663. Bei den 5 % der Personen mit dem höchsten Einkommen liegt es laut einem Bericht des Sozialministeriums bei über 100.000 EUR und beim obersten Prozent dann deutlich über 300.000 EUR.¹⁷

233 000 Menschen (das sind 2,7 % der österreichischen Wohnbevölkerung) sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen (Stand 2021). Sie sind „erheblich materiell depriviert“, also neben einem niedrigen Einkommen auch von Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen (z. B. Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, kulturelles Leben, Bildung) betroffen. Die Hälfte dieser manifest armen Personen ist länger als ein Jahr in dieser Situation. Das Risiko durch soziale Netze zu fallen ist gestiegen und wird auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise weiterhin ansteigen. Über 1,2 Mio. Menschen (13,9 %) haben ein Einkommen unter der Armutsgrenze. Armut bedeutet oft, in schlechten Wohnverhältnissen zu leben, geringere Ausbildungschancen zu haben, öfter von Krankheit betroffen zu sein und sich keine optimale medizinische Versorgung leisten zu können, weniger Teilhabemöglichkeiten (an Kultur, Sport, gesellschaftlichem Leben) und generell weniger Chancen im Leben zu haben.¹⁸

¹² Heck, I., Kapeller, J., Wildauer, R. (2020). Vermögenskonzentration in Österreich. Ein Update auf Basis des HFCS 2017. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft*, 206, Wien, AK Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/pdf/AC16086820/AC16086820.pdf>.

¹³ Derndorfer, J., Hofmann, J., Mokre, P., Schnetzer, M. (2023). Vermögen und Reichtum in Österreich. In: Buxbaum A., Filipič U., Pirklbauer S., Soukup N., Wagner N. (Hrsg.): *Soziale Lage und Sozialpolitik in Österreich 2023. Entwicklungen und Perspektiven*. Sozialpolitik in Diskussion, 24. 161–171. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86884-0>.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Statistik Austria (2023). Haushaltseinkommen. Wien. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/haushaltseinkommen>.

¹⁶ Der Median ist der Wert, der in einer der Größe nach geordneten Datenreihe genau in der Mitte steht.

¹⁷ Altzinger, W., Humer, S., Moser, M. (2016). Kapitel 13. Entwicklung und Verteilung der Einkommen. Sozialministerium (Hrsg.): *Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015–2016, Sozialpolitische Analysen*, 227–268. <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372>

¹⁸ Die Armutskonferenz (2023). Erwerbslos, alleinerziehend, working poor, zugewandert. Wien. <https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/hintergruende-erwerbslos-alleinerziehend-working-poor.html>; Statistik Austria (2023). Haushaltseinkommen. Wien. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/haushaltseinkommen>.

Große Vermögens- und Einkommensungleichheit haben negative Effekte auf die Gesellschaft. Wilkinson und Pickett (2009) zeigen, dass in ungleichen Gesellschaften die durchschnittliche soziale und gesundheitliche Lage der Menschen schlechter ist, dass Kindersterblichkeit und Kriminalität höher sind und es selbst für die vergleichsweise sehr gut gestellten Menschen Nachteile gibt.^{19/20/21} Darüber hinaus gibt es besondere Belastungen für Menschen, die von Armut betroffen sind. Dazu gehören gesundheitliche Beeinträchtigungen, stärkere Isolation bzw. der Rückzug aus dem öffentlichen Leben, ein schwindendes Vertrauen in die öffentlichen Institutionen sowie das Gefühl, gesellschaftlich nicht repräsentiert zu sein. Menschen, die von Armut betroffen sind, gehen z. B. auch viel seltener wählen.^{22/23}

Soziale Ungleichheit führt dazu, dass in vielen Lebensbereichen eine Unterversorgung der einen mit einer Überversorgung der anderen einhergeht (z. B. in Form einer Zwei-Klassen-Medizin im Gesundheitssystem). Den vielfältigen Erfahrungen von Mangel von Armutsbetroffenen steht in verschiedenen Lebensbereichen ein Überkonsum der Wohlhabenden gegenüber, der nicht zuletzt auch ökologische Konsequenzen hat²⁴ (siehe auch Kap. 3).

Was es fürs (gute) Leben braucht!

Armut ist Mangel an Verwirklichungschancen, so drückt es eine auf dem von Martha Nussbaum und Amartya Sen entwickelten Capability Ansatz basierende Definition aus.²⁵ Mit diesem Ansatz wird bei der Frage nach dem guten Leben nicht nur beachtet, welche Grundbedürfnisse gedeckt werden müssen, sondern es wird vielmehr drauf geachtet, ob Menschen die Handlungsmöglichkeit haben, durch den Einsatz verfügbarer Ressourcen eigene (materielle und nicht-materielle) Ziele zu verfolgen. Für Diskussionen im Rahmen von Klima- und Umweltschutz ist dieser Gedanke wichtig, weil er aufzeigt, dass es nicht sinnvoll ist, Bedürfnisse in benötigten Geldmengen zu bewerten, in der Vorstellung, dass sie allein mit einem Geldbetrag zu decken sind. Stattdessen müssen die Deckung von Grundbedürfnissen und die Handlungsspielräume selbst im Blick bleiben. Eine rein geldbezogene Bewertung würde die Finanzialisierung, also die monetäre Betrachtung von Bereichen jenseits von Märkten, vorantreiben. Neben den Grundbedürfnissen können auch die für die Befriedigung von Grundbedürfnissen nötigen Ressourcen betrachtet werden. Die interdisziplinäre, multidimensionale, transformations- und mehrebenenbezogene Ressourcentheorie, kurz IMTM-Ressourcenansatz genannt, betrachtet ein breites Spektrum von Ressourcen (wie monetäre, soziale, bildungsbezogene und psychische Ressourcen sowie Gesundheit etc.) und auch die Möglichkeit der Transformationen zwischen Ressourcenarten.²⁶ Im Rahmen dieses Ansatzes lässt sich auch

¹⁹Wilkinson, R., Pickett, K. (2009). Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind, Tolkemitt Verlag.

²⁰Wilkinson R. (2010). Gleichheit ist Glück. In: Dokumentation der 8. Armutskonferenz (23. + 24. Februar 2010). Wien: Armutskonferenz. 14–19. https://www.armutskonferenz.at/media/wilkinson_gleichheit_ungleichheit-2010.pdf.

²¹Equality Trust (2023). <https://equalitytrust.org.uk/>.

²²Zandonella, M. (2020). Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. Norderstedt: BoD-Verlag, 83–93. www.armutskonferenz.at/files/zandonella_ungleichheit-zerstoert-demokratie_2020.pdf.

²³Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.) (2020). Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährdet. Norderstedt: BoD-Verlag.

²⁴Heimerl, V. et al. (2023). Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten: Die Treibhausgasemissionen der Vielen sinken in Österreich, während die der Reichen steigen, a&w-Blog, Wien: Arbeiterkammer. <https://awblog.at/klimakrise-wir-koennen-uns-die-reichen-nicht-mehr-leisten>.

²⁵Nussbaum, M. (2015). Fähigkeiten schaffen. Neue Wege zur Verbesserung menschlicher Lebensqualität. Verlag Karl Alber.

²⁶Knecht, A., Schenk, M. (2023). Aktuelle Armutsforschung in Österreich und soziale Ungleichheit. In: Dlabaja, C., Fernandez, K., Hofmann, J. (Hrsg.). Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde – Theorien – Praxis; Knecht, A., Schubert, F. (2020). Konzeptualisierung einer transdisziplinären Ressourcentheorie für die Soziale Arbeit. In: Neue Praxis, 50(4) 4, 310–320.

thematisieren, inwieweit materielle Ressourcen durch nicht-materielle Ressourcen ersetzt werden könn(t)en (und welche Bedeutung sozialstaatliches Handeln bei der Zuteilung dieser Ressourcen hat). Fraglich wäre also z. B., wie Gesundheit durch soziale Unterstützung aus einem Netzwerk (z.B. Nachbarschaft, Familie, Freund:innenkreise) gefördert werden kann oder Bildung bzw. Zufriedenheit jenseits materieller Distinktion (wie durch den Besitz eines Autos) entstehen kann.

Untergrenzen für Ressourcen- und Energieverbrauch und Einkommen

Untergrenzen des individuellen Konsums und damit auch des materiellen Ressourcen- und Energieverbrauchs ergeben sich aus den Mitteln, die für die grundlegenden Bedürfnissen einzelner Menschen benötigt werden.^{27/28} Teilweise sind Grundbedürfnisse (Essen, Wohnen, Grundversorgung, Soziale Sicherheit, Bildung für Kinder ...) auch durch garantierte Menschenrechte und Verfassungs- bzw. Grundgesetze geschützt. Die Erfüllung der Grundbedürfnisse kann meist auf unterschiedliche Arten erfolgen, also z. B. durch öffentliche Bereitstellung (z. B. Schulen), öffentliche Finanzierung der Bereitstellung durch andere (z. B. soziale Dienste), kommunale, gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Initiativen²⁹ (z. B. Wasserversorgung) oder durch (mehr oder weniger geregelte) Märkte. Häufig werden Marktlösungen durch staatlich organisierte Lösungen/Eingriffe ergänzt, wobei diese staatlichen Lösungen häufig dazu dienen, Menschen vor dem Unterschreiten von Untergrenzen abzusichern. Wenn es um die Feststellung konkreter Untergrenzen in Bezug auf jene (Konsum-)Ausgaben geht, die für ein gutes Leben im Sinne eines Mindestmaßes an Teilhabe benötigt werden, sind vor allem sogenannte Minimum Income Standards oder Referenz-Budgets hilfreich. Seit über zehn Jahren wird in einzelnen europäischen Ländern sowie in transnationaler Zusammenarbeit an derartigen Standards gearbeitet. Dabei werden – je nach Modell – Ergebnisse sehr ausführlicher Gruppendiskussionen mit u. a. armutsbetroffenen Personen mit Expert:innen-Einschätzungen zu notwendigen Haushaltsausgaben mit realen Kostenkalkulationen verbunden. Auf diese Weise wird eine Art „Musterbudget“ entwickelt, das Untergrenzen für verschiedene Ausgabenarten definiert; dies nicht, um Menschen mit geringem Einkommen ein bestimmtes Verhalten vorzugeben, sondern vielmehr um deutlich zu machen, was es für ein gutes Leben im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe braucht.³⁰

Administrativ festgelegte Untergrenzen im Bereich Einkommen lassen sich u. a. im Bereich von Mindestsicherung, Mindestpensionen oder Pfändungsgrenzen feststellen. Diese beruhen – in Österreich zumindest – jedoch nicht bzw. kaum auf derartigen Berechnungen, sondern werden auf nicht explizit erläuterte Weise de facto politisch festgelegt.

Obergrenzen von Einkommen und Reichtum

Die Festlegung von Obergrenzen des Konsums, Einkommens oder Vermögens wird noch kaum als konkrete Maßnahme diskutiert. Erst in jüngster Zeit wird unter dem Begriff „Überreichtum“³¹ kritisch auf ein Übermaß an Vermögenskonzentration in den Händen einzelner Bezug genommen und dieses auch explizit als Grund für soziale Schieflagen und erhöhten Ressourcenverbrauch benannt. Dabei wird auch auf den demokratisch nicht legitimierten, übermäßigen politischen

²⁷ Di Giulio, A., Fuchs, D. (2014). Sustainable Consumption Corridors: Concept, Objections, and Responses. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, 23(1), 184–192. <https://doi.org/10.14512/gaia.23.S1.6>

²⁸ Jaeger-Erben, M. et al. (2020). Grenzen des Konsums im Lebensverlauf: Gelegenheiten, Hürden und Gestaltungsspielräume. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, 29(4), 1218–223. <https://doi.org/10.14512/gaia.29.4.4>

²⁹ **Siehe zu Commons und Daseinsvorsorge:** Die Armutskonferenz (Hrsg.) (2013). Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung. Wien: ÖGB-Verlag.

³⁰ Padley, M. et al. (2022). A Minimum Income Standard for the UK in 2022. <https://www.jrf.org.uk/report/minimum-income-standard-uk-2022>; Budgetberatung Österreich (2023). www.budgetberatung.at; EU Platform on Reference Budgets (n.d.).

<https://www.referencebudgets.eu>.

³¹ Schürz, M. (2019). *Überreichtum*. Frankfurt/New York: Campus.

Einfluss Vermögenger und die damit verbundene demokratiezersetzende Kraft hingewiesen und für die Festlegung von Obergrenzen in Form eines Maximalvermögens plädiert.³² Gemäß einer Umfrage-Studie aus dem Jahr 2022 befürworten in Österreich rund zwei Drittel der Befragten eine Vermögenssteuer sowie etwa die Hälfte eine Erbschaftssteuer.³³

Gesellschaftliche und gemeinschaftliche Sicherung der Grundversorgung

Wenn Systeme konzipiert werden, die die individuelle Nutzung von Gütern regulieren sollen (wie z. B. Konsumkorridore, aber auch Mindestsicherungssysteme ...) muss die gesellschaftliche Organisation der Befriedigung von Grundbedürfnissen und Sicherung gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten in den Blick genommen werden. Dabei gilt es vor allem, gesellschaftliche Bedingungen der Grundversorgung (mit Bezug auf Konzepte wie dem Capability Approach, die Daseinsvorsorge, die Diskussion um soziale Infrastruktur oder solidarische Infrastruktur) zu diskutieren. In vielen Bereichen ist die nachhaltige Grundversorgung von öffentlichen Infrastrukturen abhängig, die die Bedingung und technischen Voraussetzungen für effiziente und nachhaltige Lösungen darstellen. So ist nachhaltige Mobilität von einem flächendeckenden Angebot von öffentlichen Verkehrsmitteln abhängig. Nachhaltige Versorgung mit Elektrizität oder Wärme ist abhängig von leistungsfähigen öffentlichen Netzwerken. Leistbares und nachhaltiges Wohnen braucht isolierte Häuser, Anschluss an die Wärmeversorgung etc. Nachhaltiges Wohnen ist aber auch abhängig von rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich Flächenvergabe, Vorgaben fürs Bauen etc. Die Zur-Verfügung-Stellung und der Erhalt öffentlicher Netze, öffentlicher Angebote und des rechtlichen Rahmens haben für eine (individuelle und gesellschaftlich) kostengünstige Grundversorgung grundlegenden Charakter. Dies gilt z. B. auch für die Versorgung mit Trinkwasser.

Will man Grundversorgung effizient gestalten, ist es zentral, eine hohe (soziale) Sicherheit für Gegenwart und Zukunft aller zu garantieren. Müssten Individuen jeweils für sich selbst Sicherheit für ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Familien herstellen, wäre damit ein weit größerer Ressourceneinsatz verbunden (beispielsweise ist die staatliche Rentenversicherung im Umlagesystem nicht davon abhängig, auf dem Kapitalmarkt hohe Renditen zu erlangen, eine private Altersversicherung aber schon.)

Das Ziel einer gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Sicherung eines Mindestmaßes an gutem Leben (im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe) erfordert nicht nur eine garantierte Grundversorgung. Es müssen auch Mitgestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden, speziell für jene, die von den definierten Untergrenzen unmittelbar betroffen sind.

³² Marterbauer, M., Schürz, M. (2022). *Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht*. Wien: Zsolnay.

³³ Zandonella, M., Schönherr, D. (2023). *Umverteilung – So denken die Vielen*. Wien: SORA; Die Presse (2023). *Zwei-Drittel-Mehrheit für Vermögenssteuer in Österreich*. <https://www.diepresse.com/6272046/zwei-drittel-mehrheit-fuer-vermoegenssteuer-in-oesterreich>.

4. Konsum- und Produktionskorridore als Lösungsansatz

Autor: Richard Bärnthaler, *Wirtschaftsuniversität Wien*

Überfluss der wenigen, Defizit der vielen

Seit 1990 war das oberste 1 % der Weltbevölkerung für 23 % des gesamten CO₂-Emissionswachstums verantwortlich.³⁴ In den letzten 25 Jahren emittierte dieses 1 % mehr als doppelt so viele CO₂-Emissionen, als jene drei Milliarden Menschen, die die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen.³⁵ Auch sind Millionär:innen nicht nur auf dem besten Weg, mehr als 70 % des verbleibenden CO₂-Budgets für 1,5 °C aufzubauchen.³⁶ Ein Milliardär allein emittiert auch etwa eine Million Mal mehr Treibhausgase als eine Durchschnittsperson.³⁷ Eine Studie aus dem Vereinigten Königreich zeigt, dass die reichsten Menschen allein für das Fliegen mehr Energie in Anspruch nehmen als die Ärmsten insgesamt.³⁸ Gleichzeitig flogen weltweit 2018 nur 2 bis 4 % der Bevölkerung überhaupt, wobei 1 % der Weltbevölkerung 50 % der CO₂-Emissionen des Luftverkehrs verursachte.³⁹ Ähnliche Ungleichheiten manifestieren sich auch beim (Über-)Konsum anderer Ressourcen. So zeigen Elisa Savelli und Kolleg:innen, dass der exzessive Wasserverbrauch der Eliten städtische Wasserkrise mindestens ebenso stark verschärft wie der Klimawandel.⁴⁰ Und schließlich wissen wir heute, dass diejenigen, die am meisten unter Umweltkrisen und den Konsequenzen regressiver marktliberaler Klimaschutzpolitik leiden, diejenigen sind, die am wenigsten zu diesen Krisen beigetragen haben.⁴¹

Diese selektiven Impressionen, die problemlos fortgesetzt werden könnten, verdeutlichen eine einfache, aber eindringliche Wahrheit: Die gegenwärtigen Klima- und Umweltkrisen sind in erster Linie Verteilungskrisen, bei denen Exzess und Mangel, Überschuss und Defizit untrennbar zusammenhängen. Anders ausgedrückt: In einer ökologisch nur begrenzt belastbaren Welt großer sozioökonomischer Ungleichheiten – sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern – wird es nicht möglich sein, die Grundbedürfnisse aller Menschen innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen zu befriedigen, ohne verschiedenen Formen des Exzesses Grenzen zu setzen.⁴²

³⁴ Chancel, L. (2022). Global carbon inequality over 1990–2019. *Nature Sustainability*, 5(11), 931–938.

³⁵ Oxfam (2020). *Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery*.

<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf>

³⁶ Gössling, S., Humpe, A. (2023). Millionaire spending incompatible with 1.5 °C ambitions. *Cleaner Production Letters*, 4, 100027.

³⁷ Oxfam (2022). A billionaire emits a million times more greenhouse gases than the average. Oxfam Canada.

<https://www.oxfam.ca/news/a-billionaire-emits-a-million-times-more-greenhouse-gases-than-the-average-person/>

³⁸ Baltruszewicz, M. et al. (2023). Social Outcomes of Energy Use in the United Kingdom: Household Energy Footprints and Their Links to Well-Being. *Ecological Economics*, 205, 107686.

³⁹ Koch, M., Buchs, M., Lee, J. (2023). Towards a New Generation of Social Policy: Commonalities between Sustainable Welfare and the IPCC. *Politiche Sociali*, 1, 27–42.

⁴⁰ Savelli, E. et al. (2023). Urban water crises driven by elites' unsustainable consumption. *Nature Sustainability*, 6(8), 929–940. DOI: 10.1038/s41893-023-01100-0.

⁴¹ Chancel, L. (2020). *Unsustainable Inequalities: Social Justice and the Environment*. Cambridge: Belknap Press.

⁴² Gough, I. (2017). *Heat, Greed and Human Need: Climate change, capitalism and sustainable wellbeing*. Cheltenham: Edward Elgar;

Büchs, M. et al. (2023). Emissions savings from equitable energy demand reduction. *Nature Energy*, 8, 758–769.

Verbrauchsreduktion und Mittelwege, um „genug zu haben“

Vor diesem Hintergrund hat das Prinzip der Suffizienz an Bedeutung gewonnen.⁴³ Suffizienz bedeutet, dass verschiedene Maßnahmen und Aktivitäten (z. B. im Alltag) so gestaltet werden, dass wir weniger Energie, Materialien, Land und Wasser dafür benötigen und gleichzeitig ein gutes Leben für alle ermöglichen.⁴⁴ Es kann auch „genug haben“ im doppelten Wortsinn bedeuten, als Minimum und Maximum⁴⁵ – man denke an: „Ich bin jetzt satt, ich habe genug“ und „Ich habe Hunger, ich wünschte, ich hätte genug“. Bei Suffizienz geht es also nicht darum, dass z. B. Autos effizienter Treibstoff verbrauchen, sondern dass es insgesamt weniger Autos braucht, damit Menschen gut von A nach B kommen.

„Korridore“ bieten eine Möglichkeit, das Prinzip der Suffizienz in die Praxis umzusetzen. Konsumkorridore können als ein Mittelweg betrachtet werden zwischen einem maximalen Konsum, der sich aufgrund begrenzter natürlicher und sozialer Ressourcen ergibt, und einem Minimum, das es jedem/jeder Einzelnen ermöglicht, ein gutes Leben zu führen. Dieses Konzept hat in letzter Zeit an Popularität gewonnen, um Konsumminima und -maxima auszuhandeln, die einen Grundverbrauch für alle garantieren und gleichzeitig dort Grenzen setzen, wo „in Mengen oder auf eine Art und Weise konsumiert wird, die die Chancen anderer beeinträchtigt, das Gleiche zu tun“.⁴⁶ Während der Fokus auf Konsum wichtig ist, ist es gleichzeitig entscheidend, den Zusammenhang zwischen Konsum und Produktion genauer zu beleuchten, da Überkonsum stets auch produziert wird. Diese Produktionsentscheidungen (z. B. hinsichtlich Investitionen, Einsatz von Arbeitskräften und Werbung) werden von denjenigen getroffen, die die Produktionsmittel besitzen und verwalten, und nicht von den Konsument:innen.⁴⁷ Daher ist es sinnvoll, das Konzept der „Konsumkorridore“ durch das Konzept der „Produktionskorridore“⁴⁸ zu ergänzen. Dies verdeutlicht, dass der Kampf gegen die Klimakrise auch ein Klassenkampf ist, da die Macht über wirtschaftliche Entscheidungen vor allem bei denjenigen liegt, die die Produktionsmittel besitzen und kontrollieren.⁴⁹

Konsum- und Produktionskorridore umsetzen

Abbildung 1 fasst Konsum- und Produktionskorridore im Rahmen einer Suffizienz-Wirtschaft vereinfacht zusammen. Ein solches Wirtschaftsverständnis folgt drei Leitprinzipien:

1. Radikale Reduktion bzw. Schrumpfung verschiedener Formen des Überflusses an der Spitze.
2. Förderung einer regulierten Marktwirtschaft im Zwischenbereich, d. h. für jene Formen des Konsums/der Produktion, die zwischen Überfluss und Grundbedürfnissen liegen.
3. Die Abschaffung von profitorientierten Marktmechanismen in allen Bereichen, die Grundbedürfnisse betreffen, d. h. die Einführung tiefgreifender Formen der Dekommodifizierung (Bereitstellung von Grundbedürfnissen als soziales Recht für alle).

⁴³ Princen, T. (2005). *The Logic of Sufficiency*. Cambridge: MIT Press; Jungell-Michelsson, J., Heikkurinen, P. (2022). Sufficiency: A systematic literature review. *Ecological Economics*, 195, 107380.

⁴⁴ IPCC. (2023). *AR6 Synthesis Report: Climate Change 2023*. Intergovernmental Panel on Climate Change. S. 72, eigene Übersetzung. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/>

⁴⁵ Spengler, Laura (2016). Two types of 'enough': Sufficiency as minimum and maximum. *Environmental Politics*, 25(5), 921–940.

⁴⁶ Fuchs, D. et al. (2021). *Consumption Corridors: Living a Good Life Within Sustainable Limits*. New York: Routledge, S. 4, eigene Übersetzung.

⁴⁷ Gould, K., Pellow, D., Schnaiberg, A. (2004). Interrogating the Treadmill of Production: Everything You Wanted to Know about the Treadmill but Were Afraid to Ask. *Organization & Environment*, 17(3), S. 296–316.

⁴⁸ Bärnthaler, R., Gough, I. (2023). Provisioning for sufficiency: Envisaging production corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1), 1–17.

⁴⁹ Huber, M. (2022). *Climate Change as Class War: Building Socialism on a Warming Planet*. London: Verso; Malm, A. (2016). *Fossil Capital: The Rise of Steam-Power and the Roots of Global Warming*. London: Verso.

Diese drei Leitprinzipien zur Ausgestaltung von Korridoren verbinden die Ermöglichung individueller Freiheit mit dem Allgemeinwohl. Sie verdeutlichen, dass Freiheit für alle voraussetzt, jenen Kräften Grenzen zu setzen, die die sozial-ökologischen Grundlagen untergraben, von denen diese Freiheiten abhängen.

Wohlergehen („wellbeing“)	Konsumbereich	Produktionsbereich		
Überfluss	Luxus	Exzess Produktion	} Obergrenze	
Gutes Leben (“flourishing“)	Komfortgüter	‘In-between’ Produktion		} Suffizienz
Grundbedürfnisse sind befriedigt	Notwendigkeiten	Essentielle Produktion		
Mangel			} Untergrenze	

Abb. 1: basierend auf Bärnthaler / Gough 2023

Beide Konzepte – Konsum- und Produktionskorridore – zu verknüpfen, erweitert die politischen Handlungsspielräume. Es ermöglicht die Entwicklung einer breiten Palette von politischen Maßnahmen, die sowohl die Konsum- als auch die Produktionsseite ansprechen. Zum Beispiel durch differenzierte CO₂-Steuern, die zwischen Luxuskonsum und dem Konsum von Notwendigkeiten unterscheiden⁵⁰ (Konsumseite), sowie höhere Steuern und die Abschaffung von Subventionen für Unternehmen, die energieintensive Luxusgüter produzieren (Produktionsseite). Um dies anhand der zuvor eingeführten drei Korridor-Leitprinzipien zu veranschaulichen, behandelt Tabelle 1 – ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit – das Beispiel Wohnen (siehe ausführlichere Beispiele in Kapitel 5b):

	Konsumbereich / Nachfrageseite	Produktionsbereich / Angebotsseite
Wohnraumüberfluss	<ul style="list-style-type: none"> • Leerstandabgaben & Vergesellschaftung von Leerständen • Maximale Wohnungsgrößen • Einschränkung von Zweitwohnsitzen 	Einschränkung finanziellierter Wohnbautätigkeit (z. B. Wohnungen als Geldanlage, „housing not for housing“)
Wohnraum, der ein vereinbartes soziales Minimum über- und ein soziales Maximum unterschreitet	<ul style="list-style-type: none"> • Konsum zu Marktpreisen, inklusive progressiver Bodenverbrauchssteuern 	<ul style="list-style-type: none"> • Regulierte marktwirtschaftliche Bereitstellung von Wohnraum („housing for housing“)
Wohnraum als Grundbedürfnis	<ul style="list-style-type: none"> • Konsum eines gesellschaftlich vereinbarten Minimums an Wohnraum zum Kategoriemietzins für alle • Wohnbeihilfen 	Gewährleistung des Kategoriemietzins für soziales Minimum an Wohnraum durch: <ul style="list-style-type: none"> • Kommunalisierung von Wohnbeständen • Verankerung des Kategoriemietzins im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz • Mietpreisbremsen im privaten/ profitorientierten Segment

Tabelle 1: Beispielhafte Politikmaßnahmen für Konsum- und Produktionskorridore im Bereich Wohnen

⁵⁰Oswald, Y. et al. (2023). *Luxury-focused carbon taxation improves fairness of climate policy*. One Earth, 6, 884–898.

Diese Korridore weisen einen dynamischen Charakter auf, da notwendige Zielsetzungen nur durch reflexive Aushandlungsprozesse erreicht werden können. Sowohl Unter- als auch Obergrenzen müssen „regelmäßig an gesellschaftliche und ökologische Entwicklungen, neue Erkenntnisse und veränderte Wertesysteme angepasst werden“.⁵¹ Diese Aushandlungsprozesse müssen so gestaltet sein, dass Wissenschaft bzw. Expert:innen und Zivilgesellschaft bzw. Bürger:innen einbezogen werden. Dadurch können neben Forschungsergebnissen auch die Alltagsrealitäten und Erfahrungen der Menschen angemessen berücksichtigt werden.⁵²

Zusammengefasst ermächtigen Korridore jene Menschen, denen gegenwärtig kein angemessener Lebensstandard zukommt und die am stärksten unter Umweltkrisen leiden (obwohl sie am wenigsten zu ihnen beigetragen haben). Diese Menschen sind auch überproportional von den Konsequenzen regressiver marktliberaler Umweltpolitik betroffen und hatten bisher bei Entscheidungen über die Verwendung verschiedener Ressourcen am wenigsten Mitspracherecht. Die Umsetzung von Korridoren eröffnet ihnen bessere Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dies schafft Sicherheit in unsicheren Zeiten, fördert den sozialen Zusammenhalt und ist nicht nur Voraussetzung dafür, der Erderhitzung entgegenzuwirken, sondern auch, um autoritären, wissenschaftsfeindlichen und illiberalen Bewegungen den Nährboden zu entziehen.

Klimakrise als Verteilungskrise braucht Prioritätensetzungen

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem basiert auf dem liberalen Prinzip der „Präferenzneutralität“. Das bedeutet, dass jede Form des Konsums und der Produktion, die auf dem Markt einen Preis erzielt, als wertvoll gilt: Der Konsum von Wasser zum Befüllen von Swimmingpools wird nicht anders bewertet als dessen Verwendung, um den Durst zu stillen; die Produktion von SUVs unterscheidet sich nicht von der Produktion von Nahrungsmitteln.⁵³ Doch um die Klimakrise als Verteilungskrise zu verstehen und entsprechend anzugehen, sind Wert-Unterscheidungen und Prioritätensetzungen notwendig. Menschliche Bedürfnisse – die objektiven Grundlagen eines guten Lebens – unterscheiden sich von subjektiven Präferenzen, z. B. dem Wunsch eines Kindes nach einer neuen Barbie-Puppe oder eines Erwachsenen nach einem schnellen Auto oder einem Wochenendflug. Während Wünsche und Präferenzen unbeschränkt sind und „gewollt“ werden, sind menschliche Bedürfnisse beschränkt und werden „gebraucht“, um objektiven Schaden für die persönliche Entwicklung zu vermeiden. Daher gilt:

„Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse muss Vorrang vor der Befriedigung von Wünschen haben, wenn die beiden miteinander in Konflikt geraten oder wenn Ressourcen knapp sind. Menschliche Bedürfnisse, gegenwärtige und zukünftige, haben Vorrang vor gegenwärtigen (und zukünftigen) Konsument:innenpräferenzen.“⁵⁴

Wenn uns also an der Bekämpfung der Klimakrise und an sozialem Zusammenhalt gelegen ist, müssen wir wichtiges von unwichtigem (und destruktivem) unterscheiden, um auf Basis dessen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein gutes Leben für alle demokratisch festzulegen.⁵⁵

⁵¹ Fuchs, D. et al. (2021). Consumption Corridors: Living a Good Life Within Sustainable Limits. New York: Routledge, S. 35f., eigene Übersetzung.

⁵² Doyal, L., Gough, I. (1991). A Theory of Human Need. Basingstoke: Palgrave Macmillan; Bärnthaler, R. (2023). Towards eco-social politics: A case study of transformative strategies to overcome forms-of-life crises. Environmental Politics, DOI: 10.1080/09644016.2023.2180910.

⁵³ Gough, I. (2020). In times of climate breakdown, how do we value what matters? OpenDemocracy. <https://www.opendemocracy.net/en/oureconomy/times-climate-breakdown-how-do-we-value-what-matters/>

⁵⁴ Gough, I. (2017). Heat, Greed and Human Need: Climate change, capitalism and sustainable wellbeing. Cheltenham: Edward Elgar, S. 4, eigene Übersetzung.

⁵⁵ Bärnthaler, R., Novy, A. & Plank, L. (2021). The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation. Sustainability, 13(18), 1–19.

5. Gesellschaftliche Bereiche: Herausforderungen & Lösungsansätze

Die folgenden Kapitel widmen sich vier Lebensbereichen, in denen Herausforderungen und Auswirkungen des gesellschaftlichen Ressourcen- und Energieverbrauchs besonders deutlich sind. Gleichzeitig erläutern die Autor:innen der einzelnen wissenschaftlichen Beiträge, wo Lösungen und Hebel für das Gestalten einer sozial und ökologisch gerechteren Zukunft liegen. Dabei beschreiben sie u. a. auch konkrete Lösungsansätze dar, um Ressourcen einzusparen oder den Verbrauch gerechter zu verteilen.

5a) Bauen & Wohnen

Autorin: Katharina Litschauer, *Wirtschaftsuniversität Wien*

Wohnen ist ein zentraler Bereich unseres Lebens und erfüllt eine Vielzahl an Bedürfnissen. Wie und wo wir wohnen, beeinflusst unsere Gesundheit, unseren Zugang zu Bildung, Arbeit und Freizeitaktivitäten, und ermöglicht oder beschränkt damit maßgeblich soziale Teilhabe. Aufgrund der Langlebigkeit von Wohnraum prägt die Bausubstanz des Bestandes die Art und Weise, wie wir wohnen, über Generationen. Zugleich ändern sich Wohnbedürfnisse je nach Lebensphase. Alleinstehende haben mitunter andere Bedürfnisse als Familien mit Kindern oder Personen in der Nachfamilienphase bzw. im Alter. Unsere Wohnverhältnisse sind also zum einen durch den Wohnraum, seine Bausubstanz und die entsprechenden Wohnqualitäten und zum anderen durch Nutzungsverhalten, die Befriedigung von Wohnbedürfnissen je nach Haushaltsform, geprägt. Bei der Gestaltung des Bedürfnisfeldes Bauen & Wohnen gilt es, sowohl die Bauform des Wohnraums als auch die Nutzung bzw. Belegung des Wohnraums zu berücksichtigen.

Der Gebäudesektor ist für fast 12 % der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich.⁵⁶ Wohnen und Energie machen mit 24 % nicht nur den Großteil der Konsumausgaben von Haushalten aus, sondern haben auch einen erheblichen Anteil an der Flächen- und Ressourceninanspruchnahme.⁵⁷ Zugleich ist bestehender Wohnraum sehr ungleich verteilt und nicht alle Menschen können ihre Wohnbedürfnisse angemessen befriedigen (Stichwort: Überbelag, Energiearmut). Die Herausforderung besteht darin, eine angemessene Wohnversorgung mit den Zielen von Klima-, Ressourcen- und Flächenschutz in Einklang zu bringen. In diesem Zusammenhang fragt das Konzept der Konsumkorridore, auf welche Weise die materielle Wohninfrastruktur angepasst und Nutzungsverhalten geändert werden können, um eine ökologisch und sozial nachhaltige Wohnversorgung sicherzustellen. Die Bestimmung von Ober- und Untergrenzen zielt dabei nicht nur auf eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs ab, sondern setzt es sich zum Ziel, eine gerechtere Verteilung vorhandener Ressourcen zu gewährleisten. Für das Bedürfnisfeld Bauen & Wohnen bedeutet dies, den Flächen- und Energieverbrauch zu reduzieren und gerechter zu gestalten sowie die gerechte Verteilung der finanziellen Ressourcen zur Befriedigung von Wohnbedürfnissen sicherzustellen.

⁵⁶Vgl. Umweltbundesamt (2023). Klimaschutzbericht 2023, S. 161. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0871.pdf>

⁵⁷Vgl. Statistik Austria (2022a). Verbrauchsausgaben. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben2019-20_Sozialstatistische_Ergebnisse.pdf

Flächenverbrauch

Der steigende Flächenverbrauch durch Bauen & Wohnen ist dabei ein zentrales Handlungsfeld. Allgemein steigt der Flächenverbrauch, weil der Bedarf an neuem Wohnraum zunimmt. Die Ausweitung des Wohnungsbestandes (+37 % an Hauptwohnsitzen seit 1990) ist dabei sowohl auf das allgemeine Bevölkerungswachstum (+17 % seit 1990) als auch auf den steigenden Wohnungsbedarf aufgrund der Zunahme von Ein-Personen-Haushalten (von 29 % im Jahr 1995 auf 38 % aller Haushalte im Jahr 2022) zurückzuführen.⁵⁸ Doch der Flächenverbrauch steigt nicht nur allgemein, sondern auch pro Person: Wir brauchen immer mehr Wohnfläche. Während eine Person im Jahr 1991 durchschnittlich auf 33 m² wohnte, sind es mittlerweile 47 m².⁵⁹ Zum einen werden Häuser bzw. Wohnungen immer größer gebaut und zum anderen führt der steigende Anteil an Ein-Personen-Haushalten dazu, dass Menschen in großen Wohnungen leben, weil nicht ausreichend kleine Wohnungen zur Verfügung stehen. Der Flächenverbrauch hängt also sehr von der Bau-, Wohn- und Haushaltsform ab. Vor allem Ein- und Zweifamilienhäuser beanspruchen überdurchschnittlich viel Fläche, denn im dichteren Geschößbau können etwa 10-mal mehr Wohneinheiten auf derselben Fläche errichtet werden.⁶⁰ Auch die Wohnfläche ist hier mit durchschnittlich 147 m² wesentlich höher als bei (Miet-)Wohnungen.⁶¹ Zugleich ist das Eigenheim besonders im ländlichen Raum die dominante Wohnform; die Hälfte der 4 Mio. Hauptwohnsitze sind in Ein- und Zweifamilienhäusern. Mietwohnungen sind hingegen im städtischen Raum dominant und wesentlich kleiner: Im Durchschnitt hat eine private Mietwohnung 71 m², eine Gemeindewohnung sogar nur 61 m². Die materielle Wohninfrastruktur ist also je nach Wohnform unterschiedlich. Berücksichtigt man außerdem unterschiedliche Haushaltsformen, zeigen sich ungleiche Nutzungsmöglichkeiten bzw. Wohnverhältnisse. Paare mit Kindern haben durchschnittlich die größten Wohneinheiten, dennoch steht ihnen pro Person am wenigsten Wohnfläche zur Verfügung. 23 % der Mehrpersonenhaushalte mit mehr als drei Kindern sind von Überbelag betroffen, haben also weniger als einen Wohnraum pro Person zur Verfügung. Nach dem Auszug der Kinder bleiben viele ältere Eigenheimbesitzer:innen in ihrem Haus und ihre Pro-Kopf-Wohnfläche steigt deutlich an. Etwa 60 % der Einfamilienhäuser sind nur von einer oder zwei Personen bewohnt. Besonders älteren alleinlebenden Personen stehen große Wohnflächen (durchschnittlich 85 m²) zur Verfügung, obwohl ihre Wohnbedürfnisse auch mit weniger Wohnfläche befriedigt werden könnten.

Die Bestimmung von Ober- und Untergrenzen verfolgt das Ziel, eine effiziente Bestandsnutzung zu gewährleisten, um eine übermäßige Bodenversiegelung durch Neubau zu minimieren und bestehenden Wohnraum bedürfnisgerechter zu nutzen. Die Umsetzung von Ober- und Untergrenzen sollte im Neubau besonders auf die baulich-technische Gestaltung von Wohnraum abzielen. Durch flächensparende Bebauungsformen und flexible Grundrisse können Wohnbedürfnisse auf weniger Fläche erfüllt werden. Dafür muss der mehrgeschoßige Wohnbau forciert und jener von Einfamilienhäusern eingeschränkt werden. Im Bestand kann durch Hausteilung und Untervermietung eine bedürfnisgerechte Nutzung ohne Auszug aus dem zu groß gewordenen Haus erreicht werden. Im Gegenzug gilt es durch den Ausbau halbprivater und öffentlicher Infrastrukturen die Befriedigung von Wohnbedürfnissen abzusichern.

Der gemeinnützige Wohnbau zeigt, wie qualitativvoller Wohnraum auch im Mehrgeschoßwohnbau

⁵⁸ Vgl. Umweltbundesamt (2023). S. 174.

⁵⁹ Vgl. Statistik Austria (2023a). Wohnen 2022. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. S. 27. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Wohnen-2022_barrierefrei.pdf

⁶⁰ Vgl. ÖROK (2023). Wohnungen und Wohngebäude. <https://www.oerok-atlas.at/#indicator/76>.

⁶¹ Vgl. Statistik Austria (2023a). S. 26.

hergestellt werden kann: Private Freiflächen wie Balkone, Gemeinschaftsräume in den Erdgeschoßzonen oder gemeinschaftliche Dachterrassen mit Pool garantieren eine hohe Wohnqualität abseits des Eigenheims. In ähnlicher Weise können öffentliche Infrastrukturen, wie Parks, Schwimmbäder, Spielplätze oder Co-Working-Spaces, eine Bedürfnisbefriedigung abseits des privaten Eigenheims ermöglichen. Neben der baulich-technischen Gestaltung des Wohnraums und des Wohnumfeldes, bedarf die Umsetzung von Ober- und Untergrenzen auch einer Änderung des Nutzungsverhaltens. Dafür braucht es Maßnahmen, welche einen Wohnungswechsel befördern, der den sich im Lebensverlauf ändernden Bedürfnissen entspricht. Für Gemeindewohnungen in Wien gibt es beispielsweise die „Aktion 65 Plus“, welche Senior:innen zu einem Wohnungswechsel in eine kleinere Wohnung bewegen möchte und sie dabei unterstützt. Um einen Wohnungswechsel aus dem Einfamilienhaus attraktiv zu machen, bedarf es der Weiterentwicklung von attraktiven Wohnformen im Alter (z. B. Mehrgenerationen-Wohnen), sowie der Sicherstellung von leistbaren und unbefristeten Mietverhältnissen.

Energieverbrauch

Neben dem Flächenverbrauch ist der hohe Energieverbrauch durch Bauen & Wohnen eine weitere Herausforderung. Da die Herstellung von Baumaterialien viel Energie bedarf, ist der Neubau von Wohngebäuden ausgesprochen ressourcen- und energieintensiv. Hohe Baustandards garantieren zumindest eine energieeffiziente Bewirtschaftung von neuen Wohngebäuden. Da der Bestand an älteren Gebäuden überwiegt, sind private Haushalte für 27 % des Energieverbrauchs in Österreich verantwortlich⁶², wobei etwa 70 % des Energieeinsatzes der Haushalte für Raumheizung und 14 % für Warmwasser aufgewendet werden.⁶³ Ähnlich wie beim Flächenverbrauch ist der Heizenergiebedarf bei Einfamilienhäusern wesentlich höher als bei Mehrfamilienhäusern. Darüber hinaus haben besonders Gebäude, die vor 1970 gebaut wurden, aufgrund der baulich-technischen Gestaltung einen deutlich höheren Energieverbrauch. Da ein Großteil der Energie durch den Einsatz fossiler Energieträger (Gas, Heizöl) gewonnen wird, sind auch die CO₂-Emissionen des Gebäudesektors hoch. Entsprechend bedarf es in den meisten Gebäuden der Erneuerung der Wärmeversorgung, um auf erneuerbare Energieträger umzurüsten.

Zugleich gilt es zu berücksichtigen, dass etwa 2-3 % der Haushalte in Österreich von Energiearmut betroffen sind, sich Energie entweder aufgrund hoher Kosten oder aufgrund eines geringen Einkommens nicht ausreichend leisten können.⁶⁴ Die Ursachen liegen sowohl in der baulich-technischen Gestaltung von Wohnraum, denn energiearme Haushalte wohnen meist in kleineren Wohnungen in älteren Gebäuden und zur Miete, als auch an den Lebensumständen, da Haushalte mit niedrigem Einkommen, Ein-Personen-Haushalte und ältere Haushalte überdurchschnittlich betroffen sind. Anstatt in der Bestimmung von Ober- und Untergrenzen lediglich auf den Energieverbrauch pro Kopf oder Haushalt zu achten, sollte die Heterogenität der Bausubstanz und der finanziellen Ausstattung der Bewohner:innen berücksichtigt und eine effiziente Energieversorgung angestrebt werden. Die Herausforderung besteht darin, durch thermisch-energetische Sanierungsmaßnahmen, wie Wärmedämmung oder Fenstertausch, den Heizenergiebedarf zu reduzieren und zugleich die Finanzierbarkeit und Leistbarkeit von Wohnen und Energie sicherzustellen. Jedoch gibt es eine

⁶²Vgl. BMK (2023). Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten. S. 17. https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:da4e9dfd-f51c-44b8-894c-9b049a8336cb/BMK_Energie_in_OE2023_barrierefrei.pdf

⁶³Vgl. Statistik Austria (2023b). Energiestatistik: MZ Energieeinsatz der Haushalte. <https://www.statistik.at/fileadmin/pages/100/07EinsatzAllerEnergietraegerNachVerwendungszwecken2003Bis2022.ods>.

⁶⁴Vgl. Statistik Austria (2022b). Dimensionen der Energiearmut in Österreich. Hohe Energiekosten bzw. Nicht-Leistbarkeit von Energie für Wohnen. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Dimensionen-der-Energiearmut-2020-2021_barrierefrei.pdf

Vielzahl an Hemmnissen bei der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen: Die Kapazitätsgrenzen der Bauwirtschaft (Personalmangel und Mangel an Baumaterialien), die vielfältigen Motivationslagen der Eigentümer:innen, welche mit komplexen Bauaufgaben und deren Koordination oft überfordert sind, die finanzielle Belastung im Kontext aktuell stark gestiegener Kosten sowie die politische Abstimmung unterschiedlicher Fördermaßnahmen.⁶⁵ Die Umsetzung von Ober- und Untergrenzen bedarf wohl überlegter Maßnahmenbündel (Gebote und Information, Verbote, Förderungen), welche die Energieeffizienz erhöhen und zugleich leistbaren und sozial inklusiven Wohnraum absichern.⁶⁶

Finanzielle Ressourcen

Schließlich ist im Bedürfnisfeld Bauen & Wohnen zu berücksichtigen, dass Haushalten ungleiche finanzielle Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen und zugleich die Wohnkosten je nach Wohnform sehr unterschiedlich ausfallen. Im Durchschnitt geben Haushalte 21 % ihres Einkommens für Wohnen aus, wobei der Anteil in privater Miete mit 32 % besonders hoch und im Hauseigentum mit 13 % am geringsten ist. Besonders bei niedrigen Einkommensgruppen bindet Wohnen den Großteil der finanziellen Ressourcen (44 %), während der Wohnkostenanteil bei hohen Einkommensgruppen mit 9 % deutlich niedriger ist.⁶⁷ Ober- und Untergrenzen bei Mietkosten können sicherstellen, dass sich ökonomische Ungleichheiten nicht als ungleiche Wohnverhältnisse reproduzieren und so zu einem Ausgleich bestehender ökonomischer Ungleichheiten beitragen. Diese können in Form von mietrechtlichen Beschränkungen des Mietzinses umgesetzt werden, und sicherstellen, dass finanzielle Ressourcen bei Mieter:innen verbleiben, anstatt Vermieter:innen zu bereichern.

Zusammenfassung

Diese Darstellung der Herausforderungen im Bedürfnisfeld Bauen & Wohnen zeigt, dass Lösungen, die auf Ober- und Untergrenzen setzen, sowohl die materiellen Bausubstanz als auch soziale Lebenslagen und sich ändernde Wohnbedürfnisse berücksichtigen müssen. Die Umsetzung von Ober- und Untergrenzen sollte an der baulich-technischen Umgestaltung des bestehenden Wohnraums ansetzen, um ein anderes Nutzungsverhalten zu ermöglichen. Hausteilung oder Umbau, Sanierungsmaßnahmen und Mietobergrenzen unterstützen eine effiziente Bestandnutzung. Die gesellschaftliche Aushandlung von Konsumkorridoren ist keine technische, sondern vor allem eine politische und soziale Frage. Anstatt Wohnen als Privatangelegenheit und Ergebnis individueller Entscheidungen zu sehen, wird die gesellschaftliche Verantwortung für Wohnen ins Zentrum gerückt. Schließlich bedarf die Definition von Ober- und Untergrenzen einer gesellschaftlichen Debatte über die politische Regulierung und Ausgestaltung von Wohnverhältnissen. Erst dadurch kann Wohnraum bedürfnisgerechter gebaut und genutzt, sowie den Wohnbedürfnissen dieser und nachfolgender Generationen Rechnung getragen werden.

⁶⁵Vgl. IIBW (2021). Monitoring-System zu Sanierungsmaßnahmen in Österreich. https://www.gdi2050.at/studien.html?file=files/gdi/download/2021%20IIBW_Umweltbundesamt_Sanierungsrate.pdf&cid=2382

⁶⁶Litschauer, K., Grabner, D. & Smet, K. (2021). Wohnen: Inklusiv, leistbar, emissionsfrei. In: Die Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, 153-161.

⁶⁷Statistik Austria, (2023a). S. 54.

5b) Mobilität und Verkehr

Autorin: Barbara Laa, Technische Universität Wien

Treiber des Ressourcenverbrauchs im Verkehr

Die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich haben sich weltweit seit 1970 verdoppelt. Der Verkehr ist jener Sektor, in dem die Emissionen am schnellsten gestiegen sind, wobei 80 % der Steigerungen dem Straßenverkehr zuzuschreiben sind.⁶⁸ Auch in Österreich gilt Verkehr als „Sorgenkind“ zur Reduktion der Treibhausgase. Während in anderen Bereichen bereits Einsparungen erzielt werden konnten, sind die THG-Emissionen im Verkehrssektor zwischen 1990 und 2021 um 56,9 % gestiegen (entspricht 7,8 Mio. t CO₂e).⁶⁹ Nach vorläufigen Berechnungen sind sie im Jahr 2022 zwar um 4,5 % gesunken⁷⁰, das ist jedoch vor allem auf die gestiegenen Treibstoffpreise zurückzuführen. Dadurch entstand weniger „Tanktourismus“, also wenn in Österreich Treibstoff gekauft wird, dieser jedoch im Ausland beim Fahren verbraucht wird. Im Jahr 2021 machte dieser Kraftstoffexport 23 % der gesamten THG-Emissionen im Verkehr aus.⁷¹ Effektive Maßnahmen zur langfristigen Senkung der Emissionen im Verkehrsbereich fehlen jedoch weiterhin.

Während der Fokus derzeit vor allem auf CO₂-Emissionen liegt, gehen mit dem motorisierten Verkehr und der dafür notwendigen Infrastruktur viele weitere ökologische Probleme einher. Dazu gehören der Ressourcenaufwand für die Produktion von Fahrzeugen sowie den Bau von Infrastrukturen. Ein weiteres Problem ist der Bodenverbrauch und die Lebensraumeinschränkung, direkt durch Infrastrukturen wie Straßen, aber auch indirekt durch Zersiedelung, die durch Straßenbau beschleunigt wird und wiederum zu gebauten Strukturen führt, in denen nur mit dem Pkw Mobilität praktikabel ist – ein sich selbst verstärkendes System, das schwierig zu ändern ist.

Für Österreich wurde im Zuge des Mobilitätsmasterplans 2030 berechnet, dass die Einhaltung der Klimaziele nur möglich ist, wenn die Fahrleistung im Personenverkehr von derzeit etwa 80 Mrd. Pkw-km pro Jahr auf knapp 60 Mrd. Pkw-km bis 2040 sinkt. Für den Straßengüterverkehr bedeutet es eine etwa gleichbleibende Verkehrsleistung von 60 Mrd. Tonnenkilometern, wobei das prognostizierte Wachstum vom Schienengüterverkehr aufgenommen werden muss. Die Umstellung auf emissionsfreie Antriebe ist eine Notwendigkeit, die jedoch nur ausreichend ist, wenn gleichzeitig weniger mit dem Auto gefahren wird. Einerseits aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Strom aus nachhaltigen Energiequellen und andererseits, weil auch die materiellen Ressourcen für Elektro-Fahrzeuge limitiert sind und deren Gewinnung mit Umweltproblemen einhergeht.

Effektive Maßnahmen

Während Politik und Industrie lange nur auf effizientere Fahrzeuge gesetzt haben, wird immer deutlicher, dass diese Strategie nicht zielführend ist: Denn es werden damit zwar vermehrt effiziente bzw. sparsamere Fahrzeuge oder Fahrzeugtechnologien eingesetzt, die Fahrzeuge werden dafür aber tendenziell größer und schwerer, außerdem werden sie für immer längere Strecken genutzt. Damit gleichen sich die ursprünglichen Einsparungen wieder aus (sogenannter Rebound-Effekt).

⁶⁸ Sims R. et al. (2014). Transport. In: Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.

⁶⁹ Umweltbundesamt (2023). Klimaschutzbericht 2023. REP-0871, Wien. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0871.pdf>.

⁷⁰ Umweltbundesamt (2023). Treibhausgas-Emissionen 2022 sinken um rund 6,4 %. <https://www.umweltbundesamt.at/news230817>

⁷¹ Umweltbundesamt (n.d.). Verkehr beeinflusst das Klima. <https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/mobilitaet/mobilitaetsdaten/verkehr-treibhausgase>

Es werden strukturelle Veränderungen benötigt, die es der Bevölkerung ermöglichen, weitgehend ohne Auto mobil zu sein, und die einen nachhaltigen Wirtschaftsverkehr fördern. Seit Jahrzehnten gilt dazu bereits das Credo „Vermeiden, Verlagern und Verbessern“, und zwar in dieser Reihenfolge. Zur Vermeidung zählt, dass Wege verkürzt oder obsolet gemacht werden sollen. Das könnte man durch Maßnahmen in der Raumplanung erreichen, durch kompaktere und durchmischte Siedlungsstrukturen, wie im Konzept der „Stadt der kurzen Wege“. In der Praxis bedeutet das beispielsweise die Stärkung der Ortskerne mit kleinen Geschäften, um Einkaufen in der Nähe möglich zu machen, statt die Fahrt mit dem Auto zum großflächigen Supermarkt tätigen zu müssen. Durch Umstellungen im Wirtschaftssystem, wie etwa mehr regionaler Produktion und dadurch kürzere Transportwege, liegen hier ebenfalls Potenziale der Verkehrsvermeidung. Da Standortentscheidungen und Siedlungsplanung lange Zeiträume betreffen und sie über Jahrzehnte ihre Wirkung entfalten, sollte hier rasch angesetzt werden.

Beim Thema Verlagern geht es im Personenverkehr um den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, auf Radfahren und Zufußgehen, bzw. auf Car-Sharing. Aus der Verkehrsforschung ist bekannt, dass das nur mit einem Maßnahmenmix aus sogenannten „Push“- und „Pull“-Maßnahmen gelingen kann^{72/73}. Das bedeutet, es muss ein attraktives Alternativangebot geben („Pull“), wie ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Radinfrastruktur und verbesserter Bedingungen für das Zufußgehen. Ebenso braucht es restriktive Maßnahmen für den privaten Autoverkehr („Push“), z. B. höhere Treibstoffpreise, Citymaut, reduzierte Tempolimits und großräumige Verkehrsberuhigung in Städten und Ortsgebieten. Im Güterverkehr gilt es, lange Fahrten auf die Bahn zu verlagern. In der Feinverteilung können Konzepte umgesetzt werden, die Fahrten bündeln und somit die Anzahl der Lieferwägen in Städten reduzieren, auch durch Lastenfahrräder kann viel innerstädtisch eingespart werden.

Erst als letzte Maßnahme, für Wege dort, wo es keine andere Möglichkeit gibt, soll das „Verbessern“ zum Tragen kommen, also die Umstellung auf effizientere und nicht-fossile Antriebe. Für Pkw setzen sich hier batterieelektrische Fahrzeuge durch, die jedoch möglichst klein und leicht gebaut sein sollten, um die Energie effizient zu nutzen. Im Güterverkehr bieten sich auch große Potenziale für die Umstellung auf E-Antrieb sowie in manchen Fällen auf Wasserstoff, wobei dessen ausreichende Verfügbarkeit (vor allem als sog. grüner Wasserstoff) aktuell fraglich ist.

Woran scheitert es aktuell noch?

Das Thema Verkehr ist sehr emotionalisierend und es gibt viele Widerstände: Einerseits aus der Industrie, von jenen, die vom aktuellen System profitieren, wie beispielsweise die Automobilindustrie, Immobilienentwickler oder das Baugewerbe. Andererseits aus der Bevölkerung, denn vielfach haben die Menschen keine Alternativen zum privaten Pkw, um ihren Alltag zu bewältigen. Auch in der Politik wurde bisher primär auf den motorisierten Individualverkehr gesetzt. In einer Studie von Mattioli et al. (2020) wurde gezeigt, dass Politiker:innen des rechten wie linken Spektrums alle für Straßenbau argumentieren, aus unterschiedlichen Gründen.⁷⁴ Diese Hegemonie spiegeln auch

⁷²Kuss, P., Nicholas, K.A. (2022). A dozen effective interventions to reduce car use in European cities: Lessons learned from a meta-analysis and transition management. *Case Studies on Transport Policy*, 10(3), 1494-1513, DOI: 10.1016/j.cstp.2022.02.001.

⁷³Xiao, C. et al. (2022). Shifting towards healthier transport: carrots or sticks? Systematic review and meta-analysis of population-level interventions. *The Lancet Planetary Health*, 6(11), e858-e869, DOI: 10.1016/S2542-5196(22)00220-0.

⁷⁴Mattioli, G., Roberts, C., Steinberger, J. K., & Brown, A. (2020). *The political economy of car dependence: A systems of provision approach*. *Energy Research & Social Science*, 66, 101486, DOI: 10.1016/j.erss.2020.101486

die aktuellen Gesetze und finanzielle Organisationsstrukturen wider. Die Bauordnungen schreiben beispielsweise vor, dass verpflichtend Pkw-Stellplätze zu Neubauten errichtet werden müssen, die Straßenverkehrsordnung räumt dem Autoverkehr vielfach Vorrang ein und verhindert teilweise, dass Gemeinden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen umsetzen können und das Bundesstraßengesetz beinhaltet viele neue Projekte, deren Umsetzung nicht im Einklang mit ökologischen Zielen steht. Die Steuerzahlenden subventionieren lange Pendelwege mit dem Auto durch das Pendlerpauschale und ermöglichen Dienstwagen- und Dieselprivilege.

All das ist auch derzeit nicht sozial gerecht. Von Subventionen und Autoverkehrsförderung profitieren vorwiegend Menschen mit hohem Einkommen. Haushalte mit geringem Einkommen besitzen oft keinen Pkw. Im untersten Einkommensquartil sind etwa 44 % der Haushalte autofrei, während Personen mit geringem Einkommen häufiger an stark befahrenen Straßen leben und mit Lärmbelastung und schlechter Luftqualität konfrontiert sind⁷⁵. Jene, die in Gebieten leben, in denen sie vom Auto abhängig sind, wiederum müssen einen großen Teil des Einkommens für das Auto ausgeben.

Lösungsansätze für eine sozial-ökologische Transformation

Für eine sozial-ökologische Transformation braucht es also auch strukturelle Veränderungen.⁷⁶ Im Sinne der Daseinsvorsorge gehört dazu die Schaffung eines Basisangebots, das es allen Menschen ermöglicht, nachhaltig mobil zu sein. Wer keine praktikable Alternative hat, kann auch nicht auf den öffentlichen Verkehr oder das Fahrrad umsteigen und könnte sonst vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Solch eine Pkw-Abhängigkeit ist in Österreich derzeit vor allem in ländlichen Regionen gegeben. Bis zu 20 % der Bevölkerung haben keinen Zugang zu öffentlichem Verkehr gemäß der Mindestkriterien der ÖV-Güteklassen⁷⁷ (an Werktagen in Schulferien).⁷⁸

Eine mögliche Strategie wäre z. B. eine „Nachhaltige Mobilitätsgarantie“, bei der die öffentliche Hand eine Mindestqualität der Versorgung mit leistbarem öffentlichem Verkehr und für aktive Mobilität garantiert, analog kann auch die Versorgung durch Supermärkte, Greißler und Ärzt:innen in einer gewissen Entfernung angedacht werden.⁷⁹ Dann ließen sich auch Preissteigerungen und andere Einschränkungen des Autoverkehrs argumentieren, die notwendig sind, um umwelt- und gesellschaftliche Kosten einzupreisen bzw. Anreize für den Umstieg zu schaffen.

Neben den Maßnahmen auf Nachfrageseite und der Infrastruktur ist es wesentlich, auch die Produktion von Fahrzeugen zu adressieren. Denn die Autoindustrie entscheidet einerseits, welche Modelle auf den Markt kommen und setzt dabei zunehmend auf größere und schwerere Fahrzeuge wie SUVs mit höheren Gewinnmargen.⁸⁰ Andererseits bietet sie viele Arbeitsplätze und ist wirtschaftlich bedeutend. Eine gerechte Transformation muss daher auch die Arbeitsplätze- und Bedingungen der Branchen berücksichtigen. Durch eine Umsetzung der Mobilitätswende könnten jedoch insgesamt mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, wie eine Studie für Deutschland gezeigt hat.⁸¹

⁷⁵VCÖ (2018). *Mobilitätsarmut nachhaltig verringern*. VCÖ Factsheet, VCÖ, Wien, 2018. Factsheet. <https://vcoe.at/news/details/vcoe-factsheet-2018-02-mobilitaetsarmut-nachhaltig-verringern>

⁷⁶Frey, H., Brezina, T. and Emberger, G., (2022). *Mobilität*. APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben), Springer Spektrum: Berlin/Heidelberg. <https://ssrn.com/abstract=4223119>

⁷⁷Das Modell der ÖV-Güteklassen gibt die Erschließungsqualität von Standorten mit öffentlichen Verkehrsmitteln an

⁷⁸BMK (Hrsg.) (2022). Projektbericht FLADEMO - Flächendeckende Mobilitäts-Servicegarantie. <https://projekte.ffg.at/projekt/3992976>

⁷⁹ebd.

⁸⁰Vgl. Mattioli et al. (2020).

⁸¹Candeias, M., Krull, S. (2022). Spurwechsel: Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion. VSA, Jänner 2022. <https://www.rosalux.de/news/id/45696>.

5c) Ernährung und Landwirtschaft

Autor: Martin Schlatzer, *Forschungszentrum für biologischen Landbau (FiBL Österreich)*

Individuelle Ernährungsweisen und nachhaltige Ernährungssysteme sind der Schlüssel, wenn es um die Lösung der globalen, wie auch nationalen Krisen geht. Nachhaltige, gesunde sowie resiliente Ernährungsweisen leisten einen deutlichen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Im Rahmen dieses Diskurses ist zudem auf soziale Aspekte zu achten, die Leistbarkeit von gesunden sowie biologischen Nahrungsmitteln für ärmere Haushalte wie auch das Einkommen von kleineren landwirtschaftlichen Betrieben.

Einfluss der Ernährung auf Klima und Umwelt

Unser gesamtes Ernährungssystem ist gemäß des Weltklimarates (IPCC) weltweit für 21-37 % aller Treibhausgasemissionen (THG) verantwortlich.⁸² In Österreich bewegen sich die THG-Emissionen, die durch den Ernährungssektor verursacht werden, bei ca. 20-30 %.⁸³ Ein wesentliches Problem dabei ist der hohe Anteil von tierischen Produkten in der Ernährung in Österreich und in Staaten des globalen Nordens. Die Tierhaltung ist global mit 14,5 bis 18 % für mehr menschenverursachte THG-Emissionen verantwortlich als der gesamte Verkehrssektor.^{84/85} Der Hauptanteil der THG-Emissionen im Ernährungssystem geht dabei auf tierische Produkte zurück – pflanzliche Produkte weisen im Schnitt eine um 8–30-mal bessere Klimabilanz auf.^{86/87/88} Hinsichtlich weiterer, wichtiger Nachhaltigkeitsindikatoren wie Land- und Wasserverbrauch sieht die Bilanz ganz ähnlich aus.^{89/90} Dies liegt daran, dass es für die Kalorien-Aufnahme effizienter ist, direkt pflanzliche Produkte zu essen, anstatt Pflanzen als Futtermittel zu verwenden und anschließend tierische Produkte zu essen. So gehen bei der Herstellung einer tierischen Kilokalorie (kcal) im Schnitt ca. 3-9 kcal verloren.

In Österreich wird derzeit jährlich ca. 59 kg Fleisch pro Person verzehrt, was über dem EU-Durchschnitt liegt. Das entspricht ca. dem Dreifachen der durchschnittlichen Maximalempfehlungen gemäß der Österreichischen Gesellschaft für Ernährung (ÖGE), die ebenso wie die EAT-Lancet Kommission⁹¹ eine Senkung des Fleischkonsums um zumindest 2/3 empfiehlt. Eine aktuelle Studie für Österreich zeigte, dass wir mit pflanzlichen respektive vegetarischen Ernährungsweisen am ehesten die planetaren Grenzen einhalten können⁹².

⁸² IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) [2019]. Climate Change and Land: an IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems.

⁸³ APCC (2018). Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel, Wien.

⁸⁴ FAO (Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen) [2006]. Livestock's Long Shadow: Environmental Issues and Options, Rome.

⁸⁵ FAO (2013). Tackling climate change through livestock, Rome.

⁸⁶ Schlatzer, M. (2011). Tierproduktion und Klimawandel - Ein wissenschaftlicher Diskurs zum Einfluss der Ernährung auf Umwelt und Klima. LIT Verlag: Wien/Münster/Berlin.

⁸⁷ Lindenthal, T., Schlatzer, M. (2020). Risiken für die Lebensmittelversorgung in Österreich und Lösungsansätze für eine höhere Krisensicherheit – Wissenschaftliches Diskussionspapier. https://boku.ac.at/fileadmin/data/H01000/H10090/H10400/H10420/Lindenthal_und_Schlatzer_2020_Lebensmittelversorgung_und_Krisensicherheit.pdf

⁸⁸ Anm.: THG-Emissionen des Ernährungssystems umfassen die Landwirtschaft sowie Verarbeitung, Transport und Lagerung von Lebensmitteln. Im Bereich der Landwirtschaft sind Vorleistungen wie Futter- und Düngemittel, Pestizide sowie Landnutzungs-änderungen durch Regenwaldzerstörung im Kontext von Importen von Soja als Futtermittel und Rindfleisch für die THG-Emissionen relevant.

⁸⁹ ebd.

⁹⁰ Poore, J., Nemecek, T. [2018]. Reducing food's environmental impacts through producers and consumers. <http://science.sciencemag.org/content/360/6392/987>

⁹¹ EAT-Lancet Commission on Food, Planet, Health [2019]. Our Food in the Anthropocene. https://eatforum.org/content/uploads/2019/07/EAT-Lancet_Commission_Summary_Report.pdf

⁹² Bruckner, M., Trsek, S. (2023). Ernährungspyramide 2.0 – Für eine gesunde und nachhaltige Ernährung in Österreich. WWF Österreich, Wien. https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2023/03/230320_WWF_WU-Studie-Erna%CC%88hrungspyramide-2.0.-FINAL.pdf

Durch die Umstellung von der durchschnittlichen omnivoren Ernährung (die u. a. Fleisch enthält) auf eine deutlich gesündere, fleischärmere Ernährung können in Österreich 28 % der THG-Emissionen eingespart werden (siehe Abb. 1)⁹³. Die Wahl einer ovo-lacto-vegetarischen Ernährung, d. h. mit Milch und Ei, spart fast die Hälfte (-48 %) ein und eine vegane, d. h. rein pflanzliche, führt zu den größten Einsparungen (-70 %), die den jährlichen THG-Emissionen der Stadt Wien entsprechen. Die positiven Effekte werden durch den Umstieg auf 100 % biologische Herkunft der Lebensmittel in allen Ernährungsvarianten nochmals deutlich gesteigert (von -6 bis -18 %). Der Anbau von biologischen Lebensmitteln hat nicht nur positive Auswirkungen auf die Treibhausgasbilanz, gerade durch das CO₂-Speicherpotential von biologisch bewirtschafteten Böden. Der Biologische Landbau hat zudem klare Vorteile für die Ernährungssicherung (Humusaufbau) sowie die Resilienz des Ernährungssystems durch Verzicht auf erdöl-basierte chemisch-synthetische Stickstoffdünger, Pestizide sowie Gentechnik-Sojafutter aus Übersee (z. B. Brasilien)⁹⁴.

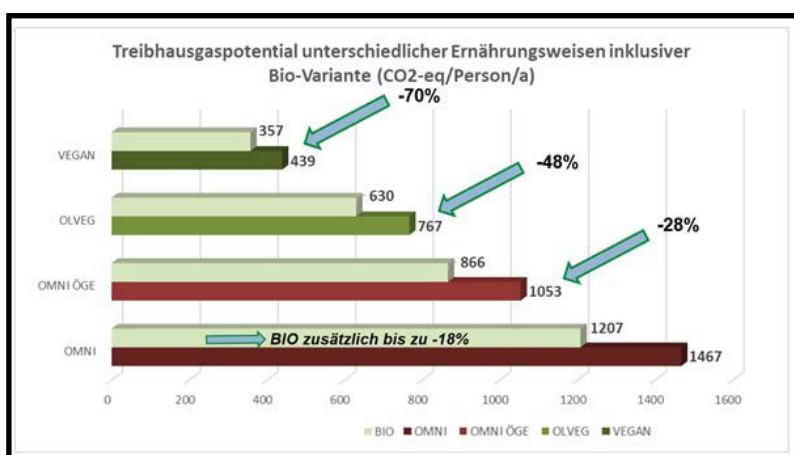


Abb. 1: Klimawirksamkeit und prozentuelle Veränderung der omnivoren, ovo-lacto-vegetarischen sowie veganen Ernährungsweise im Vergleich zur durchschnittlichen österreichischen Ernährung auf das Klima [kg CO₂e/ Person/Jahr]⁹⁵

Anm.: CO₂e = Maßeinheit zur Vereinheitlichung der Klimawirkung der unterschiedlichen Treibhausgase (CO₂, Methan und Lachgas)

Ebenso spielt der Lebensmittelabfall eine wichtige Rolle: Pro Jahr fallen in Österreich, vor allem in Privathaushalten sowie in der Gastronomie, ca. 1 Mio. Tonnen vermeidbare Lebensmittelabfälle an, die ebenso zu THG-Emissionen führen. Regionale (und saisonale) Lebensmittel spielen mit 3-5 % THG-Einsparpotential eine untergeordnete Rolle im Ernährungssektor – sie können dennoch anderweitige Vorteile mit sich bringen, für die lokale Wirtschaft und für die Sicherung und Resilienz des Ernährungssystems.

Das Landwirtschafts- bzw. Ernährungssystem hat außerdem einen großen Einfluss auf die Inanspruchnahme von Land, auf Energie- und Wasserverbrauch sowie auf Biodiversität. Hier weisen pflanzliche Produkte sowie pflanzliche Ernährungsweisen eine deutlich bessere Bilanz auf. Gerade hinsichtlich Regenwaldabholzung und Biodiversitätsverlust ist die industrielle Tierproduktion der Haupttreiber.⁹⁶

Wenn Menschen in Österreich 2/3 weniger Fleisch essen würden – gemäß der maximal empfohlenen Mengen der ÖGE) könnten THG eingespart, der Landverbrauch reduziert und der dadurch

⁹³Schlatter M., Lindenthal T. (2020). Einfluss von unterschiedlichen Ernährungsweisen auf Klimawandel und Flächeninanspruchnahme in Österreich und Übersee (DIETCCLU). BMLFUW, BMWF, ÖBf, Land Oberösterreich. https://www.fibl.org/fileadmin/documents/de/news/2020/startclim_endbericht_2012.pdf

⁹⁴Vgl. Lindenthal T. (2019). Fakten zur klimafreundlichen Landwirtschaft und die Rolle der Bio-Landwirtschaft. Factsheet für Bio Austria. <https://drive.google.com/file/d/1Maz6ms6Hol0kisir5U2Xsneweke-t-hSc/view>

⁹⁵Vgl. Schlatter, Lindenthal, (2020).

⁹⁶Schlatter, M. et al. (2021). Die Auswirkungen des österreichischen Imports ausgewählter Lebensmittel auf Flächenverbrauch, Biodiversität und Treibhausgasemissionen in den Anbauregionen des globalen Südens. Studie im Auftrag von Greenpeace und ORF Mutter Erde, Wien. <https://orgprints.org/id/eprint/40035/>

reduzierte Tierbestand (von ca. 108 Mio. auf ca. 44 Mio. Tiere) in Freiland- bzw. Weidehaltung gehalten werden.⁹⁷ Der Import von Sojafuttermitteln (ca. 500.000 t/Jahr in Österreich), die meist gentechnisch verändert wurden und primär aus Tropenwaldgebieten stammen, könnte damit ebenfalls entfallen. Das hätte auch einen großen Einfluss auf artenreiche Regionen u. a. in Brasilien, dem Hauptlieferant von österreichischen Sojafuttermittelimporten, auf indigene Gruppen bzw. auf die Ernährungssouveränität der lokalen, bäuerlichen Bevölkerungsgruppen.⁹⁸

Ernährung und Gesundheit

Der hohe Konsum von tierischen Produkten und insbesondere von rotem und verarbeitetem Fleisch kann mannigfaltige gesundheitliche Probleme mit sich bringen, vor allem steigern diese das Risiko für sogenannte Zivilisationskrankheiten (z. B. Herzinfarkt infolge von Atherosklerose, bestimmte Krebsarten usw.). Pflanzenbasierte Ernährungsweisen gelten hin-gegen als deutlich gesundheitsfördernd.⁹⁹ Bei einer Umstellung auf gesündere, stark fleischreduzierte Ernährungsweisen könnten laut den Vereinten Nationen weltweit 11 Millionen Tote, die jährlich an den Folgen von Fehlernährung sterben, vermieden werden.¹⁰⁰ Menschen, die sich ovo-lacto-vegetarisch, vegan oder stark pflanzenbetont ernähren, weisen ein deutlich niedrigeres Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes Mellitus 2, Übergewicht, Bluthochdruck und bestimmte Krebserkrankungen auf.¹⁰¹ Langjährige Studien haben zudem gezeigt, dass vegetarische bzw. vegane Ernährungsweisen den größten Vorteil diesbezüglich haben.¹⁰²

Problematisch sind auch industrielle resp. intensive Produktionsweisen von tierischen Produkten: Sie erhöhen das Risiko für Antibiotikaresistenzen, aber auch für Krankheiten, die von Tieren auf Menschen übergehen (sog. Zoonosen), u. a. durch Tierhaltung auf sehr engem Raum oder das Verkleinern von Wildtier-Lebensräumen.¹⁰³

Soziale Ungleichheiten, Leistbarkeit und krisensichere Landwirtschaft

Eine gesunde sowie ausgewogene Ernährung zu leistbaren Preisen ist für die gesamte Bevölkerung eines der zentralen Grundbedürfnisse. Zudem müssen Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung krisensicherer und nachhaltiger werden. Verschärft wurden die in Österreich bereits zuvor herrschenden sozialen Ungleichheiten durch die Covid 19-Krise sowie durch Teuerungen bzw. die Inflation – u. a. im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine.

Weitere Kosten des alltäglichen Lebens wie Wohnen sind in den letzten 20 Jahren dermaßen stark angestiegen, dass u. a. der verfügbare Anteil des Haushaltsbudgets für Lebensmittel immer weiter gesunken ist. Der Anteil der Ernährung an den Haushaltsausgaben beträgt noch ca. 12 %.¹⁰⁴ Der

⁹⁷Schlatzer, M., Lindenthal, T. (2022). Die Auswirkungen einer Reduktion des Fleischkonsums auf Tierhaltung, Tierwohl und Klima in Österreich – unter Berücksichtigung eines 100% Bio-Szenarios. <https://www.vier-pfoten.at/studie-reduktion-fleischkonsum>

⁹⁸Vgl. Schlatzer et al. (2021).

⁹⁹Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) (2021). Gut für die Gesundheit: Viel Gemüse und Obst, weniger Fleisch. <https://www.dge.de/presse/pm/gut-fuer-die-gesundheit-viel-gemuese-und-obst-weniger-fleisch/>

¹⁰⁰Vgl. EAT-Lancet Commission on Food, Planet, Health (2019).

¹⁰¹Melina, V. et al. (2016). Position of the Academy of Nutrition and Dietetics: Vegetarian Diets. <https://doi.org/10.1016/j.jand.2016.09.025>

¹⁰²Leitzmann C., Keller M. (2020). Vegetarische und vegane Ernährung, Ulmer Verlag, Stuttgart.

¹⁰³Vgl. Schlatzer, Lindenthal (2022). Warenkorbstudie „Bio, gesund und leistbar – geht das?“ https://www.wwf.at/wp-content/cms_documents/warenkorbstudie_final_januar-2019.pdf

¹⁰⁴Schlatzer, M., Lindenthal, T. (2022).

u. a. durch diese ökonomische und soziale Situation entstandene Preisdruck auf Lebensmittel führte und führt nach wie vor zu einem Absinken der ökologischen sowie sozialen Standards der Lebensmittel und macht die Landwirtschaft und die Lebensmittelversorgung krisenanfälliger.

Lösungsansätze für die Leistbarkeit biologischer/nachhaltiger und regionaler Lebensmittel in Österreich (siehe weiters Lindenthal und Schlatzer, 2020)

1. Gezielte Unterstützung von einkommensschwachen Familien und Personen zur Erhöhung der Leistbarkeit von nachhaltigen, gesunden sowie biologischen Produkten in Form von finanziellen Zuschüssen und / oder sozial gestaffelten Steuerentlastungen
2. Umstellung des Ernährungsstils auf gesündere und damit oftmals billigere Ernährung¹⁰⁵
3. Änderung des Steuersystems in Richtung Begünstigung klimafreundlicher Ernährung (siehe Dänemark)
4. Ein stabiles, regional verankertes Lebensmittelsystem mit stabilen Preisen etablieren
5. Faire Handelsabkommen, die biologischen Landbau bzw. faire nachhaltige Landwirtschaft schützen und fördern
6. Internalisierung der momentanen externen Kosten (in puncto THG-Emissionen, Humusabbau, Pestizideinträge, Wasserreinigung, Verlust von Insekten sowie Bienenvölkern)
7. Analyse und Reform der (Agrar)-Subventionen
8. Belohnung von Ökosystemleistungen von Landwirtschaftssystemen (für Klimaschutz, Bodenfruchtbarkeit, Artenvielfalt, Multifunktionalität, soziale Aspekte wie Inklusion (siehe weiters soziale Landwirtschaft))

Aus diesem Problemfeld – d. h. die soziale Ungleichheit und höhere Kosten für in nachhaltigeren und krisenrobusteren Anbausystemen erzeugte Lebensmittel – wächst das Problem der immer geringeren Leistbarkeit von Bio-Lebensmitteln (bzw. auch regionalen Lebensmitteln) mit höheren Nachhaltigkeitsstandards. Es steigt das Risiko, dass die Ausweitung einer krisensicheren Landwirtschaft mit höheren Nachhaltigkeitsstandards daran scheitert, dass die Nachfrage nicht stimmt oder Produkte nicht leistungsfähig sind.

Aktuelle Markt- und Kostenstrukturen führen dazu, dass eine ausgewogene Ernährung mit biologischen bzw. regionalen Lebensmitteln oft teurer ist als konventionelle Importware, die mit niedrigen ökologischen und sozialen Produktionsstandards hergestellt wurde. Internationale bzw. globale Lebensmittelmärkte sind zudem anfällig dafür, dass Krisen wie Ernteaufschläge auf einer Seite des Globus die Lebensmittelpreise auf der anderen Seite beeinflussen.

Lösungsansätze auf multiplen Ebenen

Unter Berücksichtigung des internationalen sowie nationalen Forschungsstands lassen sich folgende **Empfehlungen für eine möglichst nachhaltige, klimafreundliche sowie ressourcenschonende Ernährung in Österreich** ableiten: a) Förderung von vegetarischen und veganen Ernährungsweisen, b) verstärkt pflanzenbasierte Ernährung mit deutlich weniger Fleisch (Senkung um zumindest 2/3 gemäß ÖGE), c) Maßnahmen, um die ganzheitliche Fleischqualität zu erhöhen, mit Ausrichtung auf strengere Nachhaltigkeitskriterien (wie etwa im Bio-Bereich).

¹⁰⁵ ebd.

Lösungsansätze für eine deutliche Reduktion des Lebensmittelabfalls in Österreich¹⁰⁶ umfassen u. a. Maßnahmenpakete, um Lebensmittelabfälle bis 2030 um 50 % zu reduzieren, wie etwa verpflichtend realistische Angaben zum Mindesthaltbarkeitsdatum. Zu den **Lösungsansätzen für die Absicherung der kleinbäuerlichen Strukturen in Österreich** gehören u. a. eine starke Verbesserung der Förderung kleinbäuerlicher Betriebe bzw. sozial gerechtes Fördersystem und weitere Förderungen von Bund sowie Ländern (und auf EU-Ebene). Humusaufbau u. a. durch gezielte Verstärkung des Anbaus von Leguminosen sowie Förderung vielfältiger Fruchtfolgen und organische Düngung (auch Kohlenstoffsенke, relevant bezüglich Klimawandel und Klimawandelanpassung) und der deutliche Ausbau der Förderung der biologischen Landwirtschaft sind u. a. als **Lösungsansätze für gesunde und fruchtbare Böden in Österreich** zu konstatieren.

Schlussbemerkungen

Gemäß Vereinter Nationen ist die Änderung des Ernährungssystems und -verhaltens essentiell für eine nachhaltige Entwicklung (sowie eine entsprechende Anpassung der Landwirtschaft). Das umfasst die Erreichung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der internationalen Staatengemeinschaft bis 2030 (wie etwa die Armut zu beseitigen oder die Gesundheitsversorgung zu verbessern) sowie des 2015 durch 197 Staaten vereinbarten Klimaschutzabkommens, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad bis Ende des Jahrhunderts zu begrenzen. Pflanzliche und biologische Lebensmittel sowie pflanzenbetonte bzw. vegetarische Ernährungsweisen (auch in Verbindung mit einer deutlichen Reduktion der vermeidbaren Lebensmittelabfälle) sind die entscheidenden Stellschrauben, um ernährungsbedingte THG-Emissionen deutlich zu reduzieren, gesünder zu leben, die Ernährung langfristig zu sichern und die Belastungsgrenzen des Planeten einzuhalten – auch im Sinne der künftigen Generationen.

¹⁰⁶Für nähere Erläuterungen siehe Schlatzer, Lindenthal (2020).

5d) Freizeit und gesellschaftliche Teilhabe

Autor: Karl-Michael Brunner, *Wirtschaftsuniversität Wien*

Freizeitaktivitäten haben für viele Menschen einen hohen Stellenwert, da sie Erholung, Regeneration und ein Abschalten bzw. eine Auszeit von beruflichen und privaten Verpflichtungen ermöglichen. Ein gutes Leben wird oft mit befriedigend verbrachter Freizeit verbunden. In einer Konsumgesellschaft bedeutet die Freizeit zu verbringen häufig den Konsum von Gütern und Dienstleistungen, die in hohem Maße marktvermittelt sind, d. h. das Vorhandensein von finanziellen Ressourcen voraussetzen. Der Konsumismus ist ein zentrales Merkmal gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaften.¹⁰⁷ Konsum ermöglicht Menschen Identitätsbildung („I shop therefore I am“), vermittelt (zumindest kurzfristig) Sicherheit und Orientierung. Er kann Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen ebenso zum Ausdruck bringen wie soziale Abgrenzung. Konsum stellt die Teilhabe an sozialen Aktivitäten sicher und kann ein Zeichen gesellschaftlicher Normalität sein.¹⁰⁸ Sind z. B. aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen die Konsummöglichkeiten eingeschränkt, kann dies mit Stigmatisierung und sozialem Ausschluss verbunden sein. Nicht das neueste Handy oder angesagte Markenjeans zu haben, kann z. B. im Schulkontext zur Folge haben, dass Freundschaften schwieriger werden. Und während für manche mehrere Urlaubsreisen im Jahr oder häufiges „Shoppengehen“ zentrale Bestandteile der Freizeitverbringung sind, müssen andere den Gürtel enger schnallen und sind auf unentgeltliche Angebote angewiesen, die geringe soziale Anerkennung im „Konsumwettbewerb“ bringen.

Doch konsumbasierte Lebens- und Freizeitstile und die damit verknüpften Normalitätsstandards sind in vielen Fällen wenig nachhaltig. Stichwortartig seien genannt: hoher Energieverbrauch, klimaschädliche Emissionen, Flächenverbrauch, Überkonsum, steigendes Abfallaufkommen, ausbeuterische Produktionsbedingungen, sozialer Ausschluss usw. Trotz inzwischen jahrzehntelanger Bemühungen um Nachhaltigkeit sind aber keine größeren Veränderungen sichtbar. In vielen Konsumbereichen ist eine Ausweitung ressourcenintensiver Konsummuster feststellbar: größere Wohnflächen, häufigere Flugreisen, größere Autos, exzessiver Kleidungskonsum (Fast Fashion), beschleunigte Produktinnovationen (z. B. bei Smartphones) usw.¹⁰⁹ Im Konsumkapitalismus ist Wachstum um (fast) jeden Preis gesellschaftliches Leitmotiv. Beschleunigte Produktzyklen (z. B. rasante Kollektionswechsel in der Modebranche), konsumfördernde Praktiken der Unternehmen (z. B. durch ausgefeilte Marketingstrategien u. a. via Social Media), politisch propagierter Konsum als „Bürger:innenpflicht“ in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, Konsumdruck durch Vergleiche mit anderen usw. sind nur einige Treiber dieser Konsumeskalation. Allerdings findet diese Eskalation oft unter Ausblendung der damit verbundenen negativen Folgen statt, die ökologisch und sozial in andere Länder (des globalen Südens) ausgelagert werden. Das bei uns um wenige Euro erhältliche T-Shirt wird in diesen Ländern oft unter Bedingungen hergestellt, die umweltschädigend und ausbeuterisch sind.

Die Rede von der Konsumgesellschaft verdeckt allerdings die großen sozioökonomischen Unterschiede im Konsumverhalten und die damit verbundenen Folgen. In Österreich verursachen die zehn Prozent einkommensstärksten Haushalte pro Kopf und Jahr 41,9 Tonnen CO₂, während

¹⁰⁷ Brunner, K.M., Littig, B., Jonas, M. (2022). *Capitalism, consumerism and democracy in contemporary societies*. In: Bornemann, B., Knappe, H., Nanz, P. (Hrsg.): *The Routledge Handbook of Democracy and Sustainability*. Milton Park: Routledge, 163-177.

¹⁰⁸ Brunner, K.M. (2021). *Suffizienz in der Konsumgesellschaft – Über die gesellschaftliche Organisation der Konsumreduktion*. In: Pechlaner, H., Habicher, D., Innerhofer, E. (Hrsg.). *Transformation und Wachstum. Alternative Formen des Zusammenspiels von Wirtschaft und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer Gabler, 161-176.

¹⁰⁹ Engels, A. et al. (Hrsg.) (2023). *Hamburg Climate Futures Outlook 2023. The plausibility of a 1.5°C limit to global warming—Social drivers and physical processes*. Cluster of Excellence Climate, Climatic Change, and Society (CLICCS).

auf die zehn Prozent einkommensschwächsten nur 3,4 Tonnen entfallen.¹¹⁰ Extrem sind die konsumbezogenen Emissionen der Superreichen, die einen hypermobilen Lebens- und Freizeitstil pflegen: Bill Gates z. B. setzt durch Fliegen bis zu 10.000-mal mehr CO₂ frei als eine europäische Durchschnittsperson. Gemessen an den Pariser Reduktionszielen der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 haben die unteren Einkommensklassen in EU und auch in den USA diese bereits erreicht, während die mittleren und oberen deutlich darüber liegen.¹¹¹

Wie könnte die Ressourcenintensität des Konsum- und Freizeitverhaltens verringert werden? Die „grüne Ökonomie“ könnte zu einer Verringerung führen, indem Unternehmen umweltfreundlicher produzieren und Konsument:innen verstärkt nachhaltigere Produkte nachfragen. Dieses Leitbild, dessen Ursprünge schon mehrere Jahrzehnte zurückreichen, geht davon aus, dass die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen bereitstellt (Förderung klimafreundlicher Produktion und Förderung nachhaltigen Konsums) und der Markt die „Hauptarbeit“ erledigt. Stichworte in Bezug auf ein verändertes Konsum- und Freizeitverhalten: umweltfreundlich hergestellte, klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen, Förderung der Kreislaufwirtschaft und Steigerung der Reparierfähigkeit von Produkten, Abkehr von Geschäftsmodellen, die auf beschleunigten Produktlebenszyklen beruhen, Informationsbereitstellung zu nachhaltigem Konsum (Labels) usw. Betrachtet man die bisherigen Erfolge der Green Economy, so ergibt sich gemessen an nationalen und internationalen Zielsetzungen ein eher ernüchterndes Bild: Schrittweise Veränderungen in Produktion und Konsum sind zwar erkennbar (z. B. eine steigende Konsumnachfrage nach „grünen“ Produkten und Dienstleistungen), eine relative Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch findet statt, allerdings sind diese Entwicklungen bei weitem nicht ausreichend, um die Zielsetzungen zu erreichen. Der Fokus auf marktliche Lösungen, auf technische Innovationen, grünes Wachstum und „bewusste“ Konsument:innen hat bis dato nicht die erforderlichen Ressourceneinsparungen bewirkt.¹¹²

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass nachhaltiger Konsum oftmals mit neuen sozialen Grenzziehungen und einer Befestigung sozialer Ungleichheit einhergehen kann, indem z. B. aus finanziellen Gründen nicht nachhaltig konsumierende Gruppen moralisch stigmatisiert werden, wenn sie den (nachhaltigen, grünen) Konsumstandards der Mittelschichten nicht folgen können. Der Marktfokus der Green Economy auf das „Anders-Konsumieren“ vergisst, dass Konsum auch ein Quantitätsproblem ist, das mit den hohen Konsumlevels in den reichen Ländern zusammenhängt. Wenn z. B. zwar nachhaltig produzierte Kleidung gekauft wird, aber sich nichts an der Häufigkeit des Kleiderkaufs und den kurzfristigen Modezyklen ändert, bleiben die Nachhaltigkeitspotenziale gering. inter- und intragenerationale Gerechtigkeitsprinzipien erfordern es, dass Suffizienz, das „Weniger“ in den Fokus genommen wird. Marktkonforme Konzepte des nachhaltigen Konsums erwecken den Eindruck, dass Art und Ausmaß der Konsumnachfrage in Ordnung wären und nur die möglichst umwelt- und sozialverträgliche Befriedigung von Konsumbedürfnissen wichtig sei. Auch die Nachhaltigkeitspolitik vieler Länder macht einen großen Bogen um das Thema Suffizienz.¹¹³

¹¹⁰VCÖ (2023). Österreichs reichstes Einkommenszehntel verursacht laut internationaler Studie 12 Mal so viel CO₂ wie das ärmste Einkommenszehntel. <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/oesterreichs-reichstes-einkommenszehntel-verursacht-laut-internationaler-studie-12-mal-so-viel-co2-wie-das-aermste-einkommenszehntel>.

¹¹¹Neckel, S. (2023). *Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzer-Elite das Klima ruiniert*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 68(4), 47-56.

¹¹²Brunner, K.M., Littig, B. (2017). *Nachhaltige Produktion, nachhaltiger Konsum, nachhaltige Arbeit. The Greening of Capitalism?* In: Brand, K.W. (Hrsg.). *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*. Frankfurt: Campus, 215-242.

¹¹³Garcia, A.C., Ambrose, A., Hawkins, A., Parkes, S. (2021). High consumption, an unsustainable habit that needs more attention. *Energy Research & Social Science*, 80, <https://doi.org/10.1016/j.erss.2021.102241>.

Suffizienz zu thematisieren, erfordert es, die Marktperspektive zu überwinden und Konsum weiter zu fassen, indem unterschiedliche Versorgungssysteme der Güter- und Dienstleistungsbereitstellung in den Blick genommen werden (neben dem Markt Staat, Haushalt und Gemeinschaft).¹¹⁴ So könnte sozial inklusive klimafreundliche Stadtplanung in viel höherem Ausmaß als bisher auf eine Ausweitung öffentlicher Grünräume gerichtet sein, die Freizeitgestaltung ohne Konsumzwang ermöglicht, in Verbindung mit der Förderung sozialer Durchmischung. Nicht die Interessen von Investor:innen und Tourismusbetrieben sollten Priorität haben, sondern die Bedürfnisse der Stadtbewohner:innen und deren Mitgestaltungspotenziale. Allerdings müsste die Politik dazu den marktlichen Tunnelblick überwinden und das Thema Suffizienz verstärkt auf die politische Agenda setzen. Insbesondere die konsumbezogenen z. T. sehr hohen (bis exzessiven) Ressourcenverbräuche einkommensstarker Haushalte müssten in den Fokus genommen werden. Als kürzlich eine Politikerin in Österreich das klimaschädliche Reiseverhalten eines sehr reichen Paares öffentlich anprangerte, waren spöttische Bemerkungen in den Printmedien die einzige Reaktion. Soll ein gutes Leben für alle Realität werden, dann müssten Konsummaxima verstärkt diskutiert und gesellschaftlich und politisch reguliert werden. Wohlhabende tragen aber nicht nur in ihrer Konsument:innenrolle zu hohem Ressourcenverbrauch bei, sondern u. a. auch als Investor:innen, als Rollenmodelle oder als Einflussnehmende in Politik und Wirtschaft.¹¹⁵

Strukturelle Lösungsansätze, die die Verantwortung für Nachhaltigkeit nicht (nur) auf die Schultern von Konsumierenden verlagern, müssten an den Wurzeln kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme ansetzen. Dazu gehören eine Überwindung des Wachstumsparadigmas und die gesellschaftliche Organisation von Suffizienz¹¹⁶, die Umverteilung zu Lasten des Reichtums¹¹⁷, die politische Regulierung der Produktions- und Konsumförderung (Produktionskorridore und Konsumkorridore)¹¹⁸, die Stärkung sozial inklusiver, klimafreundlicher Freizeitangebote, um nur einige zu nennen. Selbstverständlich sind auch alle Maßnahmen der oben skizzierten „Green Economy“ weiter zu verfolgen und zu intensivieren.¹¹⁹

Woran es bisher scheitert? Während die Konsumminima für ein gutes Leben gesellschaftlich diskutiert werden und politisch (auf niedrigem Niveau) auch ansatzweise reguliert werden (z. B. in der Bekämpfung von Energiearmut¹²⁰), ändert sich an der positiven Konnotation des Konsumwachstums in der Breite nur wenig. Konsum wird wenig reguliert und die Verantwortung für nachhaltigen Konsum auf die Konsument:innen verschoben. Die ressourcenintensiven Konsummuster wohlhabender Personengruppen haben eine starke Vorbildwirkung und werden öffentlich nicht diskutiert. Die sozialökologische Ungleichheit in der Gesellschaft vergrößert sich, gesellschaftliche Bemühungen um deren Reduzierung sind ungenügend. Die Transformationsmodelle der Green Economy sind stark markt- und technologiefixiert und eine Abkehr von der kapitalistischen Wachstumslogik ist nur in gesellschaftlichen Nischen erkennbar. Insgesamt schwierige Bedingungen zur Etablierung von Konsumkorridoren.

¹¹⁴ Brunner, K.M. (2021).

¹¹⁵ Nielsen, K.S. et al. (2021). *The role of high-socioeconomic-status people in locking in or rapidly reducing energy driven greenhouse gas emissions*. Nature Energy, 6, 1011-1016.

¹¹⁶ Brunner, K.M. 2021.

¹¹⁷ Chancel, L., Piketty, T. (2022). *Dekarbonisierung erfordert Umverteilung*. In: Thunberg, G. (Hrsg.). Das KlimaBuch, Frankfurt/M.: S. Fischer, 445-449.

¹¹⁸ Koch, M., Hansen, A.R. (2023). *Welfare within planetary limits: deep transformation requires holistic approaches*. Consumption and Society, 2. <https://doi.org/10.1332/TIZB1819>.

¹¹⁹ Smetschka, B., Wiedenhofer, D., Pröbstl-Haider, U. (2023). Freizeit und Urlaub. In: Görg, C. et al. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben). Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum (i.E.).

¹²⁰ Brunner, K.M. (2015). *Soziale Ungleichheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit am Beispiel von Energiearmut in Österreich*. In: Luks, F. (Hrsg.). Rethink Economy. Perspektivenvielfalt in der Nachhaltigkeitsforschung – Beispiele aus der Wirtschaftsuniversität Wien, München: oekom, 111-123.

6. Zusammenfassung: Zentrale Herausforderungen

Anhand der Beiträge zu diesem Hintergrundpapier und der konkreten Projektarbeit durch Zielgruppen-Workshops lassen sich wesentliche Herausforderungen und Erkenntnisse rund um den Ressourcen- und Energieverbrauch in Österreich ableiten:

Zu hoher Ressourcenverbrauch ist ein soziales und ökologisches Problem

Konsum in der Form von Ressourcen-, Material- und Energieverbrauch ist wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft, da er unsere Wirtschaft prägt und mit gewohnten Lebensstandards und unserer subjektiven und objektiven Lebensqualität verknüpft ist. Das Verständnis von Wohlstand und einem „guten Leben“ ist derzeit stark konsumzentriert – insbesondere in Ländern des Globalen Nordens wie Österreich. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit, Treibhausgas-Emissionen, Energieverbrauch und Umweltverschmutzung zu reduzieren und natürliche Ressourcen zu schonen, immer dringlicher – auch um das Leben für Menschen auf der Erde langfristig überhaupt zu ermöglichen. Konkret ist dazu ein Materialfußabdruck von maximal 7 Tonnen pro Person und Jahr zu erreichen.

Allerdings reicht es nicht aus, Systeme oder Produkte effizienter zu gestalten, wenn der Energie- und Materialverbrauch Österreichs ausreichend zurückgehen soll. Dazu müssten sich Produktions- und Konsummuster deutlich verändern. Es sollten z. B. nicht nur Produkte und Dienstleistungen selbst ressourcensparender hergestellt bzw. angeboten werden, gleichzeitig müsste dafür gesorgt werden, dass insgesamt weniger produziert und verbraucht wird – beispielsweise, weil die Produkte langlebiger sind oder sie von mehreren Personen genutzt werden können. Ein wichtiger Faktor ist hier, dass bestehende Strukturen wie Straßennetze bereits dadurch, dass sie weiter aufrechterhalten werden, bereits sehr viele Ressourcen beanspruchen.

Das Konsumverhalten armutsgefährdeter und -betroffener Personen und anderer benachteiligter Gruppen der Gesellschaft trägt dabei verhältnismäßig wenig dazu bei, dass ökologische Grenzen überschritten werden (z. B. hat ihr Verhalten weniger Auswirkungen auf Treibhausgas-Emissionen, Bodenversiegelung, den Verbrauch von Baustoffen usw.). Doch sind es gerade jene Gruppen, die von aktuellen ökologischen und sozialen Krisen am stärksten bedroht sind. Ein Grund dafür ist auch, dass sie im Gegensatz zu privilegiierteren Gruppen meist weniger (finanzielle) Möglichkeiten haben, widrigen Situationen zu entgehen, wie z. B. Hitzetage in der eigenen Wohnung (die durch die Klimakrise häufiger werden). Gleichzeitig müssen Maßnahmen, die eine Verbrauchsreduktion der gesamten Gesellschaft erwirken wollen, auf die Lebensrealitäten aller Bevölkerungsgruppen achten. Es gilt, den Ressourcenverbrauch, aber auch die Last von ökologisch nötigen Einsparungsmaßnahmen und Veränderungen gerecht in der Gesellschaft zu verteilen. So, dass alle Menschen ausreichend Möglichkeiten haben, um ein gutes Leben zu führen.

Was ist das „gute Leben“ und wie viele Ressourcen braucht es?

Welche Ressourcen tatsächlich für ein „gutes Leben“ nötig sind, kann sehr unterschiedlich sein. Auch, weil verschiedene Bedürfnisse mit mehr oder weniger Energie- und Materialverbrauch befriedigt werden können. Denn je nach Einkommen variieren nicht nur die Möglichkeiten, wie einzelne Menschen Grundbedürfnisse überhaupt erfüllen können – z. B. Essen, Wohnen, Gesundheit, Soziale Sicherheit, Bildung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben usw. Das Einkommen beeinflusst auch, welche Gewohnheiten und „persönliche Standards“ oder Wünsche

Menschen diesbezüglich entwickeln. In Österreich besteht hier derzeit ein großes Ungleichgewicht: Während Armutsbetroffene teilweise Grundbedürfnisse nicht ausreichend decken können, haben wohlhabende Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, quasi im Überfluss zu leben und sich immer höhere Ziele zu stecken und sich immer größere Wünsche zu erfüllen. Wenn wir die soziale Gerechtigkeit erhöhen wollen (sodass mehr Menschen ihre Bedürfnisse und Wünsche erfüllen können), wir aber gleichzeitig keine planetaren Grenzen überschreiten dürfen (sodass ökologische Folgen nicht wieder auf uns zurückfallen), braucht es sinnvolle Maßnahmen zur besseren Verteilung und gleichzeitigen Reduktion von überbordendem Verbrauch.

Rahmenbedingungen und politische sowie wirtschaftliche Verantwortung

Gespräche mit verschiedenen Personengruppen und auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema zeigten im Projekt deutlich, dass die Entscheidungen einzelner Personen zwar in Summe Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch haben, aber die wichtigen Hebel zur Veränderung der Systeme woanders liegen. Die Stellschrauben, mit denen der Verbrauch sozial und ökologisch sinnvoll gesenkt und verteilt werden kann, liegen auf der der Produktions-, Vermarktungs- und vor allem auf der politischen Ebene.

Denn sehr viele Menschen sind sich durchaus der Probleme bewusst, die in unseren bisherigen Systemen verankert sind: Darunter z. B. Wegwerf-Artikel, Kinderarbeit entlang von Produktionsketten, Umweltverschmutzung durch Fabriken, Überproduktion, Lebensmittelverschwendung, u. v. m. Doch auch wenn Menschen all das kritisch sehen, durch das Ausweichen auf „nachhaltige Produkte“ ändern sich die Systeme kaum. Zudem ist die richtige Wahl von Alternativen oft überfordernd und viele können sich nachhaltige Produkte schlicht nicht leisten. (Dabei haben nicht nur Menschen wohlhabender Teile der Bevölkerung das Bedürfnis, gesund und nachhaltig zu leben und nicht dafür verurteilt zu werden, günstigere Produkte zu kaufen.)

Die Entscheidungsmacht liegt vorwiegend bei wirtschaftlichen und politischen Akteur:innen: Diese bestimmen über die Produktion (hier z. B. Chef:innen oder Vorstand:innen großer Firmen) und wichtige Rahmenbedingungen wie Vorschriften, Förderungen und Subventionen. Es ist daher nötig, Wirtschaftsweisen, Strukturen und Rahmenbedingungen zu verändern, um den Ressourcenverbrauch sozial und ökologisch gerechter zu gestalten.

Richtige Lösungen für alle: Lebensrealitäten berücksichtigen und Teilhabe ermöglichen

Durch Gespräche mit Armutsbetroffenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftler:innen und Jugendlichen zeigte sich im Projekt deutlich, dass ein ökologisch und sozial gerechter Energie- und Ressourcenverbrauch in Österreich nur dann erreichbar ist, wenn Alternativen gut verfügbar und zumutbar sind. Hier spielen auch öffentlich bereitgestellte Infrastruktur und Leistungen eine zentrale Rolle, um Ungleichheiten zu verringern. Zusätzlich müssen Menschen beim Veränderungsprozess mitgenommen werden, damit Lösungen alle Lebensrealitäten berücksichtigen und Menschen diese auch mittragen können. Dazu sind nicht nur ausreichende Informationen, sondern auch durch eine qualitätsvolle Teilhabe nötig.

7. Handlungsempfehlungen an Entscheidungsträger:innen

Es ist möglich, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig innerhalb der Belastungsgrenzen unseres Planeten zu bleiben. Wir müssen allerdings jetzt die Weichen stellen und zukunftsfähige Rahmenbedingungen schaffen. Gefragt sind sozial-ökologische Maßnahmen, die den Ressourcen- und Energieverbrauch insgesamt senken und gleichzeitig soziale Absicherung und Lebensqualität für alle ermöglichen. ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung und Die Armutskonferenz haben daher folgenden **10-Punkte-Plan für einen sozial und ökologisch gerechten Energie- und Ressourcenverbrauch** ausgearbeitet. Diese Handlungsempfehlungen sind das Resultat eines breiten Austauschs mit Stakeholder- und Betroffenengruppen sowie mit Wissenschaftler:innen vielfältiger Disziplinen.¹²¹



Bild: Empfehlungen der Teilnehmenden an der Tagung „Von allem genug, von nichts zu viel“ vom 14.11.2023 erstellt von Lana Lauren

1. Sozial und ökologisch gerechter Ressourcenverbrauch erfordert eine gemeinsame Politik gesellschaftlicher Umverteilung, bei der die Bekämpfung von Ungleichheiten und Armut mit Umwelt- und Klimaschutz Hand in Hand geht.

- Es braucht wirksame Steuern auf Treibhausgasemissionen und Vermögen, um eine ökologische Lenkungswirkung zu erreichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass soziale Ungleichheiten systematisch verringert werden.
- Der Preis pro Tonne CO₂-Äquivalent sowie die Höhen und Grenzen von Vermögenssteuern müssen evidenzbasiert sein und dürfen nicht willkürlich gesetzt werden. Im selben Zuge

¹²¹ Im Rahmen des Projekts [„Von allem genug, von nichts zu viel – Schritte für einen sozial und ökologisch gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch“](#) sprachen ÖKOBÜRO und Die Armutskonferenz in unterschiedlichen Formaten mit Jugendlichen,

Armutsbetroffenen, Wissenschaftler:innen sowie mit Vertreter:innen von Organisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich. Zudem flossen in den 10-Punkte-Plan Erkenntnisse aus aktuellen wissenschaftlichen Publikationen und Studien, ebenso wie Empfehlungen relevanter Netzwerke und Organisationen ein.

müssen Einnahmen aus CO₂- und Vermögenssteuern zweckgebunden für Armutsbekämpfung und sozial wirksame Klima- bzw. Umweltschutzmaßnahmen eingesetzt werden: Darunter der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Finanzierung eines Klimabonus, der Niedrigeinkommen und die untere Mitte stärker unterstützt.

- c. Grundbedürfnisse sind als soziale Menschenrechte zu verstehen, damit ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen für alle leistbar wird und bleibt: Das gilt insbesondere für die Bereiche Wohnen, Energie, Ernährung und Mobilität. Diese Bereiche dürfen nicht profitorientierten Marktmechanismen unterliegen, sondern müssen Teil einer öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Die öffentliche Bereitstellung von Services und Infrastruktur ermöglicht es nicht nur, Ressourcen und Energie effizienter und unter ökologischen Kriterien einzusetzen, sie ermöglicht allen Mitgliedern der Gesellschaft ein klimafreundliches, gutes Leben.

2. Österreich muss bis 2050 den jährlichen Pro-Kopf-Materialfußabdruck auf durchschnittlich 7 Tonnen pro Person senken, das gelingt nur mit einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft, die gezielte und sozial gerechte Suffizienzmaßnahmen umfasst.

- a. Der inländische Ressourcenverbrauch Österreichs muss insgesamt von 19 Tonnen pro Kopf pro Jahr (Materialfußabdruck, Stand: 2018¹²²) auf maximal 7 Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden, um planetare Grenzen einzuhalten. Sich nur auf Effizienzsteigerungen und „grüne Produkte“ zu konzentrieren reicht nicht aus und hat soziale und ökologische Folgen. Es liegt an der Politik, Vorgaben und Gesetze im Sinne der Österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie¹²³ umzusetzen, um langfristig von Überproduktion, Wegwerfprodukten und geplanter Obsoleszenz wegzukommen.
- b. Der Material-, Energie- und Flächenverbrauch, der innerhalb planetarer Grenzen möglich ist, muss allen hier lebenden Menschen zugutekommen, nicht nur einigen wenigen. Daher ist systematisch ein ausreichender Anteil des inländischen Ressourcenverbrauchs für die Daseinsvorsorge und zukunftsfähige Investitionen (Krankenhäuser, Züge, Schulen & Lernmaterial, u. v. m.) zu reservieren.
- c. Gleichzeitig müssen die Leistbarkeit und der Zugang zu hochqualitativen Produkten für alle sichergestellt werden. Das gelingt durch Rahmenbedingungen für häufige Wiederverwendung, wie z. B. öffentliche Bereitstellung, den Ausbau kostenloser oder günstiger Sharingmodelle, eine festgelegte Mindestlebensdauer in einzelnen Produktkategorien, ein Recht auf Reparatur u. v. m.
- d. Österreich hat sich für hohe soziale und ökologische Standards sowie Suffizienzmaßnahmen auch entlang von Wertschöpfungsketten einzusetzen, um in und außerhalb von Österreich menschliches Wohlergehen und die Umwelt zu schützen.

3. Wir müssen den öffentlichen Raum gerechter verteilen und grüne Erholungsräume, kurze Wege und konsumfreie Orte in den Vordergrund rücken.

- a. In der Raumplanung haben die Erhaltung und die Gestaltung lebendiger Ortskerne oberste Priorität. Eine sinnvolle Ortsentwicklung im Inneren steht dabei vor einer Erweiterung am Siedlungsrand. Zersiedelung und Einkaufszentren außerhalb des Zentrums sorgen nicht nur für mehr Verkehr, Flächenfraß und Hitzeentwicklung. Sie lassen Ortskerne aussterben und führen dazu, dass wichtige Orte und Dienstleistungen des täglichen Lebens für Teile der Bevölkerung nur schwer erreichbar sind. Ein lebendiger Ortskern ist sozial inklusiv, gerecht und klimafreundlich zugleich.

¹²² Umweltbundesamt (2024). Umweltgesamtrechnungen – Ergebnisse und Daten.

<https://www.umweltgesamtrechnung.at/ergebnisse-daten>

¹²³ BMK (2022). Österreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zirkulären Gesellschaft. Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie. https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/abfall/Kreislaufwirtschaft/strategie.html

- b. Grünflächen und konsumfreie Bereiche müssen in allen Gemeinden und Städten bewahrt, aufgewertet bzw. neu geschaffen werden. Das lässt sich z. B. durch Entsiegelung und Bepflanzung an geeigneten Plätzen realisieren. Öffentliche Grünräume und Parks ermöglichen es, sich ohne Konsumzwang zu erholen, mit anderen zu treffen oder zu spielen. Gerade innerhalb stark besiedelter Strukturen sind Grünräume nicht nur gut für die Artenvielfalt, sie sind auch essenziell für Abkühlung, Luftqualität oder Versickerung und sind damit wichtige Hebel für Klimawandelanpassung.
- c. Es braucht eine gerechte und partizipative Diskussion darüber, wie Raum innerhalb von Siedlungsstrukturen genutzt und verteilt sein soll. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen zu Fuß gehen oder Radfahren, müssen das Recht auf einen gerechten Anteil am öffentlichen Raum erhalten und dürfen nicht in der Raumplanung benachteiligt werden.

4. Böden gehören zu unseren wertvollsten Ressourcen, daher müssen wir verfügbaren Raum besser nutzen, Flächenversiegelung stoppen und Gebäude sozial und ökologisch (um-)bauen.

- a. Leerstand und Spekulation im Immobiliensektor müssen mithilfe von Regulierungsmaßnahmen verhindert werden, damit Wohnraum für Menschen zugänglich wird und langfristig leistbar bleibt. Konkret sind 25.000 leistbare, dauerhafte und inklusive Mietwohnungen aus dem Bestand zu mobilisieren, um Wohnungslosigkeit in Österreich effektiv zu bekämpfen.
- b. Es braucht dringend eine übergeordnete, bundesweite und verbindliche Raumordnung: Diese muss Zersiedelung ebenso wie Luxusbauten oder eingeschossige Gebäude gezielt eindämmen, Sanierung vor Neubau begünstigen und bessere Möglichkeiten für flächensparenden, sozial-ökologischen Wohnbau schaffen.
- c. Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, Wohnraum platzsparend an veränderte Bedürfnisse im Laufe eines Lebens anzupassen: Wir schlagen vor, gezielte Förderungen für Umbaukosten einzuführen, um getrennten Wohnraum für mehrere Parteien zu schaffen (z. B. Umbau Einfamilienhaus zu Mehrparteien-Haus). Das spart Flächen, fördert soziales Miteinander und hilft, Vereinsamung vorzubeugen.

5. Die Leistbarkeit von ausreichend Wohnraum mit angemessener Raumtemperatur ist für alle über eine Energie-Grundsicherung sicherzustellen, während gleichzeitig der Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorangetrieben werden muss.

- a. Eine Energie-Grundsicherung ermöglicht es allen, ihren Wohnraum ausreichend und mit umweltfreundlichen Energiequellen zu heizen. Dazu ist es nötig, dass jede in Österreich lebende Person ein Kontingent an vergünstigter Energie für den Grundbedarf beziehen kann, abhängig vom Heizwert der eigenen Wohnung. Über dem Grundkontingent setzt ein progressiver Anstieg der Energiekosten pro kWh Anreize dafür, Energie sparsam und gezielt zu verwenden.
- b. Die Sanierungsrate muss durch verbesserte Subventionen, Steuern und Gesetze gesteigert werden, ohne die Wohnkosten für Mieter:innen weiter zu erhöhen. Die Einführung einer Obergrenze für Wohnkosten löst dieses Problem. Der Wert soll sich nach der Miete inkl. Energiekosten für ein Heizen auf angemessene Temperatur richten. Vermieter:innen von schlecht isolierten Wohnungen erhalten so einen hohen Sanierungsanreiz. Gleichzeitig wird leistbarer Wohnraum gesichert und Energiearmut verhindert.
- c. Förderungen und Maßnahmen rund um Sanierung und den Umstieg auf ökologische Energiequellen müssen verstärkt beworben und leichter zugänglich gemacht werden: Dazu gehört ein erweitertes Angebot an verbesserter, niederschwelliger Beratung und eine erleichterte Antragstellung.
- d. Eine verbesserte Wohnbeihilfe ist mit einer neuen Mindestsicherung zu bündeln, um Existenz, Chancen und Teilhabe zu sichern.

6. Die Mobilität der Zukunft braucht eine Mobilitätsgarantie, die es allen ermöglicht, ihren Grundbedarf an Mobilität mit nachhaltigen Verkehrsmitteln oder durch aktive Mobilität zu decken.

- a. Menschen brauchen ein öffentliches Mobilitätsangebot und eine örtliche Infrastruktur, die ihrer Lebensrealität und ihrem Wohnort gerecht werden und gleichzeitig Emissionen wie Treibhausgase, Lärm und Luftverschmutzung senken. Eine Mobilitätsgarantie verbindet beides und fördert damit die Gesundheit von Mensch und Umwelt zugleich.
- b. Während bereits in der Raumplanung für kurze Wege im Alltag gesorgt werden kann (siehe Punkt 3), sind sichere Geh- und Fahrradwege sowie leistbare öffentliche Verkehrsmittel überall dort bereitzustellen, wo sie gebraucht werden und möglich sind.
- c. Mobilitätsbausteine wie Rufbusse, leistbare Sharing-Systeme, Lasten-Transportmittel, etc. müssen mit dem Ziel ausgebaut werden, einen Großteil der Mobilität mit ökologisch sinnvollen und sozial inklusiven Transportmitteln abdecken zu können.
- d. Es muss eine soziale Staffelung des Klimatickets umgesetzt werden, um nachhaltige Mobilität für mehr Menschen zugänglich zu machen.

7. Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen gelingt nur, wenn die Welt der Erwerbsarbeit zukunftsfähig gestaltet wird.

- a. Es braucht eine systematische Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung in zukunftsfähigen und essenziellen Berufen, darunter z. B. Pflege, Bildung, Busfahrer:innen, Fachkräfte für Sanierung, Energiewende u. v. m.
- b. Eine Reduktion der Regelarbeitszeit pro Woche ist ein wesentlicher Hebel für Wohlergehen und Umwelt- sowie Klimaschutz. Bereits eine durchschnittliche Reduktion von 1,2 Std./Woche hat bei gleicher Produktivität positive Effekte auf Gesundheit, Wohlbefinden und Umwelt- & Klimaschutz, da sich der Bedarf an Mobilität (Pendeln, Dienstreisen) und Konsum (Convenience-Produkte, Arbeitskleidung) verringert.¹²⁴ Kürzere Arbeitszeiten bedeuten auch mehr Möglichkeiten, unbezahlte Sorgearbeit in den Alltag zu integrieren und fairer zu verteilen (Stichwort Geschlechtergerechtigkeit).
- c. Unbezahlte sowie bezahlte Sorgearbeit ist eine Voraussetzung für unser Wirtschaftssystem und darf nicht als Nebenerscheinung behandelt werden. Neben Maßnahmen für gerechtere Verteilung braucht es daher auch das Sicherstellen sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Pflegeinfrastruktur. Öffentlich organisierte Care-Arbeit bietet gegenüber marktbasierten Angeboten zahlreiche Stellschrauben, um einen ökologisch gerechteren Ressourcenverbrauch sowie bessere Arbeitsbedingungen und sozial inklusiven Zugang zu sichern.
- d. Es braucht verstärkte Maßnahmen wie durchdachte Aus- und Weiterbildungsprogramme, um ein einen gerechten Umstieg in essenzielle und zukunftsfähige Berufe zu ermöglichen. Dazu zählt auch die Unterstützung von Firmen beim Wechsel in nachhaltige Branchen, z. B., indem Anreize für Baufirmen geschaffen werden, um sich im Bereich Sanierung neu zu spezialisieren.

8. Leistbare, gesunde und gleichzeitig nachhaltige Ernährung muss für alle möglich sein.

- a. Gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung muss gefördert und für alle leistbar werden. Alle Menschen in Österreich müssen die Möglichkeit haben, sich einen höheren Anteil pflanzlicher und hochwertiger Nahrungsmittel zu leisten und damit ihr Wohlergehen und ihre Gesundheit

¹²⁴MUTTER ERDE (2023). Studie Sozial-ökologische Evaluierung von Netto-Null Treibhausgas-Emissionspfaden für Österreich, https://www.muttererde.at/wp-content/uploads/2024/01/MutterErde_Studie2_3001_2.pdf

zu fördern. Es sind gezielte Preislenkungsmaßnahmen wie sinnvolle Subventionen und Steuern nötig, wenn das billigste nicht das ungesündeste Essen bleiben soll.

- b. Schulen sollen eine warme, gesunde und kostenlose Mahlzeit pro Tag anbieten. Auch Kantinen sollen verstärkt gesunde, regionale und pflanzliche Mahlzeiten zu leistbaren Preisen anbieten.
- c. Die Lebensmittelproduktion muss mithilfe von Lenkungsmaßnahmen sozial und ökologisch umgestaltet werden: Regionalität, der Anbau in Bio- und Kleinbetrieben und ein verstärkter Anbau pflanzlicher Produkte müssen für Landwirt:innen möglich und rentabel werden. Auch ein Ein-/Umstieg in die Landwirtschaft bzw. der Eigenanbau von Lebensmitteln sollte gezielt gefördert werden.
- d. Es braucht dringend weitere Maßnahmen gegen systematische Überproduktion von Lebensmitteln, um den Anteil weggeworfener Lebensmittel bis 2030 auf die Hälfte des aktuellen Werts (rund 134 kg pro Kopf und Jahr¹²⁵) zu senken .

9. Zukunftsfähige Lösungen können nur gelingen, wenn Menschen direkt in ihre Entwicklung eingebunden und Entscheidungen nachvollziehbar und verbindlich getroffen werden.

- a. Die Zivilgesellschaft und insbesondere vulnerable Personen wie Armutsbetroffene, Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch junge und ältere Menschen müssen systematisch eingebunden werden. Nur so können Lösungen für Herausforderungen und Zielkonflikte gefunden werden, die den einzelnen Lebensrealitäten gerecht werden. Methoden der Peerarbeit und Bürger:innenräte sollten daher gezielt eingesetzt werden.
- b. Dabei sind vor allem politische Verbindlichkeit und nachvollziehbare Entscheidungen gefragt: Es ist sicherzustellen, dass konsensuell erarbeitete Vorschläge tatsächlich in den Gesetzgebungsprozess und in die Umsetzung fließen.
- c. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Arbeitsweisen müssen von der Politik verstärkt dazu genutzt werden, nachvollziehbare und langfristig für alle sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Die Wissenschaft und Zivilgesellschaft strukturiert einzubinden ist eine wichtige Voraussetzung dafür, Diskussionen über Zielkonflikte sachlich anzugehen, mögliche Auswirkungen und Alternativen zu diskutieren und sich auf gemeinsame Lösungen zu einigen.

10. Umwelt- und Sozialpolitik gegeneinander auszuspielen ist nicht zukunftsfähig. Die Verbindung sozialer und ökologischer Herausforderungen und entsprechend kombinierte Lösungen müssen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ernstgenommen werden.

- a. Es braucht wirksame Bildung und Bewusstseinsbildung rund um planetare Grenzen, soziale Absicherung und sozial-ökologische Lösungen, um unser Wohlergehen auf einem gesunden Planeten langfristig zu erhalten bzw. zu steigern.
- b. Es gilt, eine unabhängige Wirtschaftsbildung zu verankern, in der nachhaltige, sozial integrative Modelle ausreichend Platz finden. Das ist nötig, um Desinformation vorzubeugen, ein Ausspielen sozialer gegen ökologische Aspekte zu verhindern, sachliche Debatten zu ermöglichen und zukunftsfähige und umsetzbare Lösungen finden zu können.
- c. Es muss verhindert werden, dass eine Einflussnahme einzelner mächtiger Akteur:innen dazu führt, dass privatwirtschaftliche Interessen systematisch vor das Gemeinwohl gestellt werden. Hierzu braucht es u. a. eine höhere Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen in Beiräten und Entscheidungsgremien, aber auch gezielte Maßnahmen gegen Desinformation und für erhöhte Transparenz im Bereich Medien und Werbung.

¹²⁵ Eurostat (2021). Food waste and food waste prevention by NACE Rev. 2 activity - tonnes of fresh mass.

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/env_wasfw/default/table?lang=en

8. Ausblick und weitere Informationen

Das Ziel, einen sozial und ökologisch gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch in Österreich und über Landesgrenzen hinweg zu erreichen, kann nicht von heute auf morgen und nicht allein von einzelnen Personen umgesetzt werden. ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung und Die Armutskonferenz arbeiten daher 2024 in einem Folgeprojekt weiter an den zentralen Themen und sprechen mit wichtigen Akteur:innen, um die Handlungsempfehlungen weiterzutragen.

Unter www.oekobuero.at/de/vonallemgenug/ und www.armutskonferenz.at/von-allem-genug-von-nichts-zu-viel können ab sofort alle Unterlagen und Informationen rund um das Projekt abgerufen werden. Das Projekt-Team von ÖKOBÜRO und der Armutskonferenz stehen auch gerne für Rückfragen bereit.

9. Impressum

ÖKOBÜRO - Allianz der Umweltbewegung

Neustiftgasse 36/3a

1070 Wien

office@oekobuero.at

+43 677 64768894

www.oekobuero.at

Projektleitung: Caroline Krecké

Die Armutskonferenz

Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Verein-ZVR-Zahl.: 012358276

Herklotzgasse 21/3

1150 Wien


office@armutskonferenz.at

0043-(0)1-4026944

www.armutskonferenz.at

Projektleitung: Robert Rybaczek-Schwarz

Das Projekt und diese Publikation wurden gefördert durch:

-  **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie